

# Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 18. Dezember 1920  
11. Jahrg. Nummer 295

Vertrieb täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Streifenband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die dreispaltige Mittelzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werbeanzeigen 8 Pf., Restanzeigenpreis: Die dreispaltige Mittelzeile oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der K.P.D., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzbühl Str. 50, Tel. 500 39.  
Postkontor: Breslau 544, Postkammer: Breslau, Kreuzbühl Str. 50, Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—18 Uhr.  
Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filial-Expeditionen:  
Gleititz, Eberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Wollweberstr. 11, Tel. 186 24.  
Silesien, Runtz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Geschäftsstand:  
Hauptverlagort Breslau, Verlagsort Breslau. — Verlag: Schief, Verlagsgesellschaft, m.b.H., Bresl. — Druck: „Pauker“, Fil. Breslau, Kreuzbühl Str. 50.

## Polizei schießt auf Erwerbslose

### Gewaltige Demonstrationen in Frankfurt a. M. — Zahlreiche Verletzte — 40 Verhaftungen

(Eig. Ber.) Frankfurt a. M., 17. Dezember.

Bei den Erwerbslosen-Demonstrationen, die gestern nachmittag und abend aus Anlaß des Zusammentritts der Stadtverordneten Ratskassen, ging die Polizei mit aller Brutalität gegen die Demonstranten, die vor das Rathaus ziehen wollten, vor; sie schlug mit Gummiknüppeln auf erwerbslose Frauen und Männer ein. Trotzdem sammelten sich die Massen immer wieder erneut zu Demonstrationen. In den späten Abendstunden feuerte die Schupo blindlings in die Masse der Demonstranten hinein. Eine größere Anzahl erwerbsloser Proletarier und Proletarierinnen wurden teils schwer, teils leicht verletzt. (Die Zahl der Verletzten steht bis zur Stunde noch nicht fest.) Etwa 40 Personen wurden im Laufe der Demonstration verhaftet.

\*

Blut muß fließen! Diese Parole des Finanzdiktators Schacht, welche auch die Parole des gesamten Trustkapitals und seiner sozialfaschistischen Werkzeuge ist, ist in Frankfurt a. M. zur Wahrheit geworden! Die Müller-Silberding-Regierung, die auf den Weihnachtstisch der deutschen Bourgeoisie zwei Milliarden Mark in Form von Abbau der Grundsteuer, Aufhebung der Rentenbankbelastung, Senkung der Gewerbesteuer, Befreiung der Kapitalertragsteuer und Riefengeschenke in Form von neuen Börsen legt, läßt die Massen der Erwerbslosen hungern! Sie hat den Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Gewährung der Winterbeihilfe abgelehnt, sie hat den Kommunen befohlen, keine Wirtschaftshilfe zu bewilligen, sie hat nach Annahme des Hungergesetzes im Oktober dieses Jahres den Hungerstreik gegen das Riefengesetz der Opfer der kapitalistischen Rationalisierung, der Opfer der kapitalistischen Anarchie mit großer Brutalität weitergeführt.

Statt Hilfe für die Erwerbslosen, Riefengeschenke an die Besitzenden, für die Massen der Hungernden weiteren Abbau der Unterstützung, verschärfte Sperrmaßnahmen und die Bereithaltung von Schupo. Statt Brot blaue Bohnen, statt Befähigung der Massenarbeitslosigkeit das Terrorgesetz, das von Evering ausbrütet mit dem Hinweis begründet wurde, daß die Massenarbeitslosigkeit zur Dauererscheinung geworden ist. Die Saat der Sozialfaschisten ist in Frankfurt a. M. blutig aufgegangen. Zahlreiche Proletarier wälzen sich eine Woche vor dem „Fest der Liebe“ in ihrem Blut. „Mord“ schreit die gesamte bürgerliche Presse und die Augenbergische Telegraphen-Union. An der Spitze der Hege gegen die Arbeitslosen aber steht wiederum die Sozialdemokratie. Aufruhr in Frankfurt a. M., das ist die Schlagzeile des „Vorwärts“ von heute morgen. Aufruhr ist es, wenn die Erwerbslosen für Brot und Arbeit, für Wirtschaftshilfe kämpfen, wenn sie fordern, daß die Stadtverordnetenbeschlüsse durchgeführt werden.

Wie war es in Frankfurt a. M.?

Die Zahl der Arbeitsuchenden beträgt augenblicklich nach amtlicher Mitteilung 41 655. Sie ist um 17 000 höher als im Vor-

jahre. In Anbetracht des wachsenden Massenstrens stellte die kommunistische Fraktion in engster Verbindung mit den Massen der Hungernden in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag einen Antrag auf Wirtschaftshilfe für alle Erwerbslosen. Der Antrag wurde angenommen, der Magistrat aber weigerte sich, den Antrag durchzuführen und die Unterstellungen auszuführen. Deshalb kam es bereits am Montag zu Demonstrationen, über die wir gestern berichtet haben. Zu der unerhörten Provokation durch den Magistrat gesellten sich die provozierenden Kampfmaßnahmen der Frankfurter Polizei, die eine Bannmeile um das Rathaus schuf, um die Demonstrationen der Erwerbslosen wirkungslos zu machen. (Siehe besonderen Bericht auf der Beilage!) Die Ausgrenzung der Erwerbslosen durch die Müller-Silberding-Regierung, die Ausplünderung der Massen, die mit dem Young-Plan verbunden ist, die schandliche Haltung des Magistrats, die bewußte Provokation der Polizei hat das Blutbad in Frankfurt a. M. hervorgerufen.

Das Blutbad in Frankfurt a. M. muß ein Alarmzeichen nicht nur für alle Erwerbslosen zum verstärkten Kampf für ihre Forderungen, sondern auch für alle Betriebsstätten sein. Die arbeitenden Massen müssen die Schläge der deutschen Bourgeoisie zur innenpolitischen Durchführung des Young-Planes, der über die Leichen der Opfer der Rationalisierung gehen soll, beantworten mit der proletarischen Gegenoffensive. Abrechnen mit der sozialfaschistischen Regierung des Hungers und des Arbeitermordes! Abrechnen mit der Partei der Massenausplünderung und des Faschismus! Abrechnen durch die Sammlung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten für den Sieg der Arbeiterklasse! Für die Verwirklichung des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats!

### Schweres Grubenunglück in den Vereinigten Staaten

Ill. New York, 17. Dezember. Durch eine riesige Schlagwetterexplosion wurden in einer Kohlengrube in Moa Mitter (Oklahoma) 65 Grubenarbeiter 1230 Meter unter der Erde eingeschlossen. Die Ausgänge sind versperrt. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange. Bisher wurden ein Toter und zwei Verwundete geborgen. Die Hoffnung auf eine Rettung der übrigen ist gering.

## Vor der Stilllegung des Wohnungsbaus

(Eig. Ber.) Berlin, 17. Dezember.

In der Dienstag-Sitzung des Reichstages wird die Ausdrucksfrage über die Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen fortgesetzt. Da es sich lediglich um Richtlinien handelt und nicht um Gesetze, verspüren die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten natürlich auch Lust, allgemeine Propagandareden zu halten. So nimmt es kein Wunder, daß sowohl der sozialdemokratische Arbeitsminister Wislitzki wie auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Wendt und Lipinski Agitationsreden halten und den Wohnungsuchenden die allgemeinen üblichen Versprechungen machen.

Die Debatte eröffnete Reichsarbeitsminister Wislitzki: Eine Beseitigung des bestehenden Wohnungsbedarfs läßt sich nur durch eine umfassende Neubautätigkeit erreichen. Am Wohnungsbau dürfe nicht gespart werden. Das Ziel der Wohnungspolitik muß sein, Wohnungen zu erstellen, die auch der breitesten Masse der arbeitenden Bevölkerung mit geringeren Einkommen erreichbar sind. Leider drohen im nächsten Jahre die Neubauten zurückzugehen. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Komm.) Ohne Mithilfe der sozialen Versicherungsträger wird die Bautätigkeit wohl zum Erliegen kommen. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Komm.) Das sollte auch bei der kommenden Finanzreform berücksichtigt werden. Dem notleidenden Hausbesitz soll möglichst durch Reparaturhypotheken geholfen werden. Im übrigen ist es dem Reichsarbeitsministerium unmöglich, auf Grund der Wohnungsrichtlinien eine umfassende Neubautätigkeit vorzunehmen, denn dazu gehören Gesetze. Das Geld für neue Wohnungen ist äußerst knapp geworden. Die arbeitende Bevölkerung muß mehr Wohnungskultur treiben. 7,6 Prozent der Neubauwohnungen wurden von öffentlichen Körperschaften erstellt, 20,1 Prozent von gemeinnützigen Bauvereinigungen und 70 Prozent von privaten Bauherren. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Komm. Beifall bei der Reichstagspartei.)

Hg. Wendt (Soz.): Die Hauszinssteuer soll ganz zum Wohnungsbau verwendet werden. (Zuruf der Kommunisten: „Sie selbst haben ja immer solche Anträge niedergelegt!“) Zum Schluß seiner Ausführungen versuchte Wendt, den Wohnungsbau in der Sowjetunion verächtlich zu machen, aber dabei stellt sich heraus, daß im Vergleich zu Deutschland die Wohnfläche in Rußland für die arbeitende Bevölkerung ständig wächst. (Genosse Kadel ruft dem ver-

legenen Sozialdemokraten Wendt zu: „Du sollst doch Deine Partei nicht blamieren, sondern sie retten!“)

Hg. Steiniger (D.D.) erklärt sich ebenfalls mit den Richtlinien einverstanden.

Die Redner der übrigen Parteien stimmen den Richtlinien ohne Einschränkungen zu.

Für die kommunistische Fraktion spricht

Genosse Schumann, der seine Einträge von einer Reihe des Wohnungsausschusses wiedergibt. Genosse Schumann schildert an eingehendem Material die ungeheure Notlage der proletarischen Mieter und stellt fest, daß die Wohnungsnot nicht zurückgegangen, sondern von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Das Entscheidende sei in der gegenwärtigen Situation, daß die Reichsregierung in ihrer Finanzreform die Wünsche der Schwerindustrie heißt es aber auch ausdrücklich, daß der Wohnungsbau eingeschränkt werden muß und daß die Mieterschutzbestimmungen abgebaut werden müssen. Ein dementsprechender Antrag liegt auch bereits dem Reichstag vor. (Hört! Hört! bei den Komm.) Wir Kommunisten zweifeln nicht, daß die Reichsregierung auch allen Wünschen der Hausagrarier und Großgrundstückbesitzer nachkommen wird.

Zum Schluß seiner Ausführungen rechnet Genosse Schumann gründlich mit dem Sozialdemokraten Wendt ab, indem er den Unterschied zwischen Deutschland und Rußland aufzeigt. Genosse Schumann stellt fest, daß im Vergleich zu Deutschland die russische Bevölkerung weit mehr Wohnraum hat als die deutsche Bevölkerung. Genosse Schumann schloß seine wirkungsvollen Ausführungen mit einem Appell an alle Werktätigen, das Grundübel der Wohnungsnot zu beseitigen, das kapitalistische Ausbeutensystem.

In der darauffolgenden Abstimmung wurden selbstverständlich die Richtlinien zum Wohnungsbau angenommen, nachdem alle kommunistischen Anträge zugunsten der Kleinrentner, Neubaumieter und Wohnungsuchenden in der Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten abgelehnt waren.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

### Was sagt 12. Parteitag zur Betriebsarbeit

Das Wesen der revolutionären Politik und Taktik der kommunistischen Partei beruht auf der innigsten Verbindung der Klassenkämpfe der Arbeiterklasse mit ihrem politischen Kampf, der gegen das kapitalistische System als Ganzes gerichtet ist und sich auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der proletarischen Diktatur konzentrieren muß. Diese Aufgabe, die allein den revolutionären Charakter des proletarischen Klassenkampfes ausmacht, kann nur erfüllt werden, wenn es der kommunistischen Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiterklasse für sich dort zu gewinnen, wo sie durch den gesamten Prozeß der Entlohnung der kapitalistischen Produktion konzentriert, zusammengezwängt, zum Klassenkampf erzogen und organisiert werden. Da der kapitalistischen Produktionsstätte, namentlich in den Großbetrieben, erkennt das Proletariat am besten, daß sein Lebensinteresse sich in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie befindet. Dort lernt es die Notwendigkeit des geschlossenen und solidarischen Auftretens der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter und ihren Ausbeuterstaat, erkennt es die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisierung der Arbeiterklasse. Deshalb ist der Betrieb die wichtigste organisatorische Schlüsselstelle bei der Durchführung der Politik der kommunistischen Partei, von deren Gewinnung und Behauptung der Erfolg der gesamten Taktik der kommunistischen Partei sowie jeder einzelnen revolutionären Aktion in entscheidendem Maße abhängt.

Deshalb weist der Parteitag alle Organisationen, jedes Einzelmitglied der K.P.D. erneut und kategorisch auf die Bedeutung der kommunistischen Arbeit im Betriebe, auf die unbedingte Notwendigkeit der Verlegung des Schwerepunktes aller Arbeit der Parteioptionen wie jedes einzelnen Kommunisten auf die Betriebe hin, zum Zwecke der organisatorischen Verankerung der revolutionären Politik in den Massen der Betriebsarbeiter.

(Aus der Org.-Resolution des 12. Parteitages.) Die Reichskontrolle hilft diese Aufgabe organisieren und durchführen!

### Gummiknüppelattacke in Friedland

Friedland, 18. Dezember. Gestern fand die erste Sitzung des neugewählten Stadtparlamentes statt. Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag auf eine Wirtschaftshilfe an die Erwerbslosen gestellt. Zur Unterstützung ihres Antrages marschierten die Erwerbslosen auf dem Rathausplatz auf. Auch der Zuscherraum war dicht besetzt. Statt die Forderung nach der Wirtschaftshilfe zu bewilligen, wurde gegen die Erwerbslosen eine Polizeiattacke veranstaltet. Der Zuscherraum wurde gewaltsam geräumt. Auf dem Platz ging die Polizei mit Gummiknüppeln vor, wobei mehrere Arbeiter verletzt wurden.

### Zeugenernehmung in Schweidnitz beendet

Schweidnitz, 18. Dezember. Am Dienstag ist in dem Razi-Prozess die Zeugenvernehmung abgeschlossen worden. Bezeichnenderweise hat selbst die Verteidigung der Nazi auf die Vernehmung einer Reihe von „Entlastungszeugen“ verzichtet. Sie glaubt, daß auf Grund der bisherigen Zeugenaussagen das Gericht ohnehin zum Freispruch (!) kommen muß. Am Donnerstag wird der Staatsanwalt das Wort ergreifen. Am Schluß der Woche wird voraussichtlich das Urteil gefällt werden.

In Dittmachau beim Staudenbau erfolgte der Zusammenstoß von zwei Lokomotiven, wobei vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

Auf dem Ibschacht in Ostoberschlesien verunglückten zwei Bergarbeiter zu Tode. Ein dritter wurde stark verletzt.

Vor dem Staatsgerichtshof wurde gestern die Klage gegen den Beamtenersatz der Reichsregierung in der Frage des „Volksbegehrens“ behandelt. Die Verhandlungen dauern noch an.

### Vom Tage

In Angora wurde ein russisch-türkischer Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

Ein Lastauto mit Arbeitern überschlug sich in der Nähe von Tirlemont. Zwei Arbeiter wurden getötet und zwanzig verwundet, darunter sechs sehr schwer.

Der 4531 Tonnen große neuseeländische Dampfer „Manula“ ist in dichtem Nebel zwischen Bluff Harbour und Dunedin auf ein Felsenriff aufgelaufen und gesunken.

Die Schieber Gebirge Skarel haben einen Karben zusammenbruch markiert.

In den chinesischen Provinzen Wu, Hanchow und Minan ist ein neuer Aufstand ausgebrochen.

# Milliardenüberschüsse in der USSR.

## leere Staatskassen im Hindenburg-Paradies

Die deutsche Reichsregierung hat wieder einmal kein Geld in den Kassen. Die Regierung des Volkes, dessen Wertigkeit mit ihrer Hände Arbeit Milliardenwerte schaffen, belastet diese arbeitenden Massen mit immer neuen Steuern und geht bei inländischen und ausländischen Kapitalisten betteln, statt die Millionen da zu nehmen wo sie sind: aus den Taschen der Millionäre.

Die herrschende Arbeiterklasse in der Sowjetunion, die über die Wirtschaft des Landes selbst verfügt, erzielt Milliarden-Überschüsse, die sie dem weiteren Ausbau der Wirtschaft und der Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der werktätigen Massen zuführt.

Angelehnt an die durch das kapitalistische System bedingten widerwärtigen Lage, in der sich die deutsche Regierung befindet, und aus der sie nur durch den Abschluß neuer Wuchererträge und durch das Anziehen der Steuerschraube herauskommen zu können glaubt, ist es von Interesse zu untersuchen, wie die Sowjetregierung ihre Finanzwirtschaft organisiert hat und wie sie es fertig bringt, ihren Etat nicht mit einem Defizit, sondern mit Milliarden-Überschüssen abzuschießen.

Denn tatsächlich konnte die Sowjetregierung im Rechnungsjahr 1927/28 Mehreinnahmen von 450 Millionen Rubel aufweisen, und auch das soeben abgeschlossene Rechnungsjahr hat nach noch nicht endgültigen Berechnungen einen Ueberschuß von über eine halbe Milliarde Rubel, d. h. mehr als eine Milliarde Reichsmark gebracht.

### Das Geheimnis der Ueberschuwirtschaft

Das soeben auf der fünften Sitzung des Zentralvollzugsrats der Räte behandelte Staatsbudget für 1929/30 gibt uns die Erklärung für das Geheimnis der Ueberschuwirtschaft in der Sowjetunion. Bemerkenswert ist nebenbei, daß das Staatsbudget für das kommende Jahr mit 11,4 Milliarden Rubel angelegt ist, was eine Vermehrung des Budgets gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Milliarden bedeutet.

Wofür werden diese Riesensummen ausgegeben? In den kapitalistischen Ländern wird der größte Teil des Staatsbudgets für Militär und Polizei aufgewendet. So gibt England 73 Prozent, Frankreich 64 Prozent und Italien 51 Prozent für diese Zwecke aus.

Von dem Milliardenbudget der Sowjetunion fließt der weitaus größte Teil der Volkswirtschaft zu, nämlich rund 6,8 Milliarden; weitere 2,4 Milliarden werden für soziale und kulturelle Zwecke ausgegeben.

### Der Finanzplan für ein Sechstel der Erdoberfläche

Ein wirkliches Bild bekommen wir aber erst, wenn wir die gesamten Einnahmen und Ausgaben der Sowjetunion unter Einfluß der Budgets der Bundesregierungen und der Lokalbudgets betrachten. Dieser einheitliche Gesamtfinanzplan der Sowjetunion erreicht die Höhe von 19 Milliarden Rubel, von denen rund 13 Milliarden zum Ausbau der Volkswirtschaft verwendet werden.

Im einzelnen werden u. a. ausgegeben:

Für Industrie 4.240 Millionen; davon gehen 3.590 Millionen auf industrielle Neuanlagen, darunter 1.200 Millionen auf die Schwerindustrie.

Für die Landwirtschaft 3.162 Millionen; davon 2.220 Millionen für die Anlage neuer landwirtschaftlicher Betriebe, 300 Millionen für den Ausbau der Staatsgüter, 150 Millionen für die Kreditierung der Kollektiv- und Einzelwirtschaften, 102 Millionen für die Bewässerung von Landstrichen in Mittelafrika zur Entfaltung der Baumwollkultur.

Das Transport- und Verkehrsnetz erhält 3.060 Millionen, es werden Bauarbeiten an 51 neuen Eisenbahnlinien mit einer Länge von 10.116 Kilometer ausgeführt, von denen im laufenden Wirtschaftsjahr 17 Linien von 1.700 Kilometer Länge beendet werden.

### Sozialismus und Kapitalismus

Woher nimmt die Regierung diese enormen Mittel?

Während in den kapitalistischen Staaten die Einnahmen sich zum größten Teil aus Steuern zusammensetzen (so machen im Staatsbudget von Deutschland die Steuereinnahmen 50 Prozent, von Frankreich 87 Prozent und von Italien 73 Prozent aus), schöpft die Sowjetregierung ihre Mittel zum überwiegenden Teil aus der vergesellschafteten Wirtschaft und den Abgaben, die durch die organisierte Bevölkerung an die Regierung gegeben werden. Dieser Teil der Einnahmen der Sowjetregierung nimmt von Jahr zu Jahr einen größeren Platz im Budget ein. Diese Entwicklung wird gekennzeichnet durch folgende Zahlen:

Die Einnahmen aus den Ueberschüssen der vergesellschafteten Sektors und den Ersparnissen der organisierten Bevölkerung betragen (in Prozent der Gesamteinnahmen des Budgets):

im Jahre 1926/27	97,4 Prozent
im Jahre 1927/28	81,7 Prozent
im Jahre 1928/29	84,3 Prozent
im Jahre 1929/30	89,7 Prozent

Nur der Rest, d. h. für das laufende Rechnungsjahr nur 10,3 Prozent werden durch direkte und indirekte Steuern aufgebracht.

Die deutsche Reichsregierung wird vielleicht zum 1. Januar 1930 nicht genügend Geld haben, um ihre Beamten zu bezahlen. Im Budget der Sowjetunion machen die Ausgaben für die Unterhaltung des Staatsapparates nur einen ganz verschwindend kleinen Teil aus. Sie betragen im Jahre 1928/29 nur 3 Prozent von den Gesamtausgaben und sind für das laufende Rechnungsjahr mit nur 2 Prozent angelegt. Während das Gesamtbudget wächst, gehen die Ausgaben für den Staatsapparat zurück. Wenn im laufenden Rechnungsjahr für die Volkswirtschaft 70 Prozent mehr ausgegeben wird, als im vorigen Jahr, bleiben die Ausgaben für den Staatsapparat unverändert.

### Das Ende der Finanzkrisen

Wie kommt es, daß die Sowjetregierung im Gegensatz zur deutschen Republik vor allen Finanzkrisen geschützt ist? Während die deutsche kapitalistische Regierung, unterstützt von den Sozialfaschisten, das Land für Jahrzehnte hinaus dem

Ausland tributpflichtig macht (wobei die Kapitalisten nur Profitströmen verbleiben), weil sie ja an diesen Tributen das Heft verdienen), hat die Regierung der proletarischen Diktatur die Tributverträge zerissen und die Werttätigen der Sowjetunion von den Abgaben an die fremden Gläubiger befreit.

Während die deutsche Regierung vor den Gläubigern, den Banken und anderen Banken auf dem Bausee ruft, um gegen schwere Konzessionen ein paar Duzend Millionen geborgt zu bekommen, verläßt die Sowjetunion nach eigenem Gutdünken und im Interesse der werktätigen Bevölkerung über die Milliardenüberschüsse, die die sozialisierte Wirtschaft abwirft.

Während die deutsche Regierung die werttätigen Massen ausplündert und auslaugt, und den Industrie-, Bau- und Handelspropheten Millionen zuschüttet, sind in der Sowjetunion nur die kapitalistischen Elemente, die Repleute und die Kulaken einer scharfen Besteuerung unterworfen.

Während die deutsche Regierung Millionenbeträge für die Zwecke der sowjetfeindlichen Propaganda, der Spionage für das patriotische Auswanderergeschäft Millionen in den Rücken wirft, dienen die Ausgaben der Sowjetregierung ausschließlich dem sozialistischen Aufbau.

Der Vergleich der Finanzwirtschaft im Sowjetstaate und in den kapitalistischen Ländern gibt den deutschen Werttätigen ein neues Beispiel dafür, was sie zu ihrer Befreiung zu tun haben. Aus der proletarischen Revolution, die mit den Tributverträgen aufhört und den Werttätigen die freie Verfügung über die Milliarden gibt, die sie mit ihrer Hände Arbeit erzeugen, macht Schluß mit den Finanzkrisen, mit denen sich die kapitalistischen Regierungen herumplagen.

# Bannmeile um Rathhäuser!

## In Weimar und Frankfurt — So groß ist die Furcht vor den Massen

Weimar, 17. Dezember. (Eig. Bericht.) Der Weimarer Stadtrat hatte vor drei Wochen beschlossen, für etwa 6000 Unterhaltungsbedürftige eine Weihnachtsbeschlusse von 20 000 Mark auszugeben. Die Weimarer Erwerbslosen hatten in verschiedenen Versammlungen gegen diese völlig unzureichende „Hilfe“ protestiert und für die am Freitag vorgezeichnete Stadtratsitzung eine Demonstration vor dem Rathhaus beschlossen. Da erschien in den Nachmittagszeitungen eine Verordnung des Stadtvorstandes mit folgenden wichtigsten Bestimmungen:

§ 1. Umzüge und Ansammlungen jeder Art sind während der Tagung des Stadtrates und seiner Ausschüsse auf dem (in der Verordnung fest umrissenen) Stadtgebiet um das Stadtparlament verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Trotz dieser Schandverordnung zogen am Abend die Erwerbslosen zum Marktplatz, wo sie von einem mächtigen Polizeiaufgebot auseinandergejagt wurden. Wie weit die Furcht vor den Massen geht, beweist auch, daß jeder, der ins Rathhaus hinein wollte, sich erst einem Polizeisten gegenüber ausweisen mußte. Selbst die Türhüter vom Rathhaus wurden entseht!

Frankfurt a. M., 17. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Deutschen, die Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben zu der heutigen Stadtratsordnungsversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Die Stadtratsordnungsversammlung wolle beschließen, den

Magistat zu ersuchen, bei dem Herrn Polizeipräsidenten vorstellig zu werden, daß zur Vermeidung von Demonstrationen vor dem Rathhaus eine ausreichende Bannmeile festgelegt wird.“

Wir sind sicher, daß wie in Weimar, auch in Frankfurt der sozialdemokratische Polizeipräsident dieser Aufforderung schnellstens nachkommen wird, um die „Stadtväter“ vor der Kontrolle und dem Druck der Arbeitermassen gegen die reaktionäre Politik zu beschützen.

Die Erwerbslosen werden auch diese ungeheuerliche Provokation nicht unbeantwortet lassen, sondern nun erst recht marschieren.

Damit erleben wir in Deutschland zum erstenmal, daß auch um Stadtparlamente eine Bannmeile eingeführt wird. Diese Maßnahmen sind ein erneuter Beweis der Zuspitzung der Klassengegensätze, der Verschärfung der Kampfmethoden in Deutschland. Die gewaltigen ErwerbslosenDemonstrationen der letzten Tage sind der äußere Anlaß. Die Furcht der Stadtverordneten vor der Kontrolle ihrer reaktionären Politik, die Furcht vor der außerparlamentarischen Massenaktion der Arbeiterklasse, diktiert diese Verordnungen, die die Abgeordneten und Stadträte bei ihrem Geschäft des Arbeiterrats vor jeder Störung, vor dem „Druck der Straße“ schützen sollen.

Die Erwerbslosen, die gesamte Arbeiterschaft wird diese unerhörten Provokationen nicht unbeantwortet lassen, sondern nun erst recht unter Führung der kommunistischen Partei marschieren.

## Falsche Berichterstattung

### Wie der „Vorwärts“ Parlamentsberichte entstellte

Der „Vorwärts“ vom 17. Dezember hat die Aufgabe übernommen, vor der Arbeiterschaft die unerhörte Hunger- und Zollpolitik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung zu verteidigen. Stammer tut dies unter der lügenhaften Ueberschrift: „Die Zollpolitik der Reichsregierung — Zielbewußte Hilfe für die Landwirtschaft“ (Hes: Großagrarier. D. Red.).

Das einzige, was der „Vorwärts“ über die wirkungsvolle Anklage unseres Genossen Hoernle im Reichstag zu melden weiß, ist folgender Satz:

„Abg. Hoernle (Komm.): Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat nicht den mindesten praktischen Erfolg gehabt. In Wirklichkeit hat ein internationales Netz von Zollwällen im Zollwesen eingeseht. Dem dient auch die Vorlage.“

In einer solchen Weise wagt der „Vorwärts“ eine Rede zu behandeln, die im Interesse der Millionen deutscher Arbeiter und Kleinbauern die Politik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in ihrer ganzen arbeitserfäulichen Offenheit aufzeigte. Während wir niemals eine grundsätzliche Rede der Sozialdemokratie vorübergehen lassen, ohne uns mit ihr auseinanderzusetzen und ohne den Arbeitern den wahren Sinn der SPD-Politik an der Hand ihrer Reden und Handlungen klarzumachen, ist es beim „Vorwärts“ üblich, seinen Lesern die Wahrheit zu verschleiern, die Tatsachen zu entstellen.

Die Berichterstattung des „Vorwärts“, die wir an diesem einen Fall demonstrieren haben, zeigt die ungeheure Angst der SPD-Führung vor den radikalisierten Massen.

Dieser praktische Anschauungsunterricht muß zur Folge haben: Herans mit der SPD-Presse aus jeder Arbeiterwohnzone, aus den Arbeitervierteln. Alle Kräfte für die SPD-Presse, die das Monopol in den Arbeiterquartieren erklämpfen muß!

## SPD.-Betriebsrätin unterschlägt Arbeitergroßen

Ostfild., 16. Dezember. Die Arbeiterinnen der Norddeutschen Zuteilfabrik und Weberei und Abteilung Heinrichswerke sparten wie immer das ganze Jahr hindurch. So kamen 5000 Mark zusammen. Der Auftrag auf Ueberweisung an die Bank wurde einer Frau Hammer übergeben, die Unterlassererin im Textilarbeiterverband, reformistische Betriebsrätin und eine wichtige Kanone in der SPD-Staatsengruppe und Berichterstatterin für die SP-Zeitung ist. Als jetzt vor Weihnachten die Arbeiter ihr Geld zurückverlangten, stellte sich heraus, daß diese SPD-Mitglied nur 1000 Mark eingezahlt und die übrigen 4000 Mark im Laufe des Jahres 1929 unterschlagen hat.

## Polizeiaktion in Gotha gegen den Jungpartafasbünd

Gotha, 16. Dezember. (Eigener Bericht.) Am Freitag morgen wurde der Jugendgenosse Schatz aus dem Bett heraus verhaftet und sein Zimmer gründlich durchsucht. In den Vormittagsstunden erschienen dann in den weißen Gothaer Schulen Kriminalbeamte und verhörten eine große Anzahl Schulkinder, die an den Veranstaltungen des Jungpartafasbundes teilgenommen haben.

Diese Polizeiaktion stützt sich auf einen Erlass der thüringischen Sattler-Regierung, durch den ein Verbot für den Jungpartafasbünd in bezug auf die Bildung von Schulzellen ausgesprochen wurde. Diese Verordnung gibt den Vorwand für jede denkbare Polizeiwirkung.

Geradezu unerhört ist das Verhalten des Kastellans der Dörschule, der einige Kinder, deren Schulzeit zu Ende war, aus den Wohnungen holen mußte. Er sagte den Eltern, daß die Kinder zu einer ärztlichen Untersuchung kommen müßten. Ein Arbeiter gab seiner Tochter einen Zettel an den Doktor mit, in dem er bat, ihm Zweck und Ergebnis der Untersuchung mitzutellen und bekam prompt folgende schriftliche Antwort: „Ihre Tochter mußte in bezug auf den JSP. verhört werden, es war keine ärztliche Untersuchung.“ Gen. Weingart, Kriminaloberwachmeister.

Auch diese Maßnahmen werden nicht den Jungpartafasbünd Thüringens im Kampf gegen die Schulreaktion und Prügelstrafen aufhalten können.

## „Unbekannte Soldaten“

### Der Profit der kapitalistischen Schlachtfeldhyänen

Paris, 17. Dezember. An der Lorettöhöhe, einem der blutigsten Kampflöcher des imperialistischen Weltkrieges in Nordfrankreich wurden kürzlich große Massen von Gebeinen gefallener Soldaten gefunden, trotzdem alle Soldatengräber in dieser Gegend auf zentrale Soldatenfriedhöfe umgebetet sein sollten. Es stellte sich jetzt heraus, daß die mit dieser Arbeit betrauten Unternemer die Gräber sehr oberflächlich öffnen ließen und nur einen geringen Teil der Gebeine der Gefallenen umgebetet haben.

Damit die Särge, welche die Ueberreste der toten Soldaten enthalten sollten, das richtige Gewicht aufwiesen, wurden Steine, alte Stiefel, Ausstattungsgegenstände verschiedener Art, die auf dem ehemaligen Schlachtfeld herumlagen, in die Särge gepackt. Man hat jetzt ganze Särge voll alter Militärstiefel gefunden!

Bei einer Kontrolle des ehemaligen Kriegsfriedhofs in Arleux-en-Gohelles, der auf einen neuen Friedhof überführt sein sollte und dessen sämtliche Gräber daher eingeebnet waren, wurden in 19 von 20 Särgen die Gebeine völlig unberührt gefunden.

## Kriminalbeamter gesteht Protokollfälschung

### Trotzdem Verurteilung wegen Zugehörigkeit zum KPB.

KP. Dresden, 17. Dezember. Das gemeinsame Schöffengericht in Dresden verhandelte gegen die drei Arbeiter Jüll, Fuchs und Endlich, die beschuldigt werden, den verbotenen Roten Frontkämpferbund fortgeführt zu haben. Der Angeklagte lag ein polizeiliches Protokoll zugrunde, in dem es heißt, daß der Arbeiter Jüll ausgefragt habe, der KPB. bilde Gruppen innerhalb der SPD. Als Jüll in der Verhandlung diesem Protokoll entschieden widersprach und feststellte, daß er niemals eine solche Aussage gemacht hat, mußte der Kriminalkommissar zugeben,

daß dieser Satz nachträglich ins Protokoll eingefügt wurde. Es blieb von der ganzen Anklage nur noch übrig, daß die drei Arbeiter bei einer Antikriegsdemonstration Mittel und Wege des KPB. getragen haben. Obgleich der Beweis für die Fortführung des KPB. nicht erbracht werden konnte, wurden die drei Arbeiter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. (1)

# Keine Stimme dem Volksentscheid der Reaktion!

Legt den faschistischen Volksbetrügnern das Handwerk — Laßt sie am 22. Dezember Spießruten laufen!

Am kommenden Sonntag findet der Volksentscheid der Hitler-Hugenberg „gegen“ den Young-Plan statt. Noch einmal werden alle Register nationalsozialistischer Demagogie gezogen, um die Wut und Empörung der Millionen Opfer der Hungeroffensive, um die Verzweiflung der Erwerbslosen, die Ratlosigkeit der Frauen, die bei der ständigen Teuerung das Problem der nackten Ernährung der Familie nicht mehr lösen können, um die Enttäuschung der proletarischen Mittelschichten aufzupeitschen und zu mißbrauchen im Dienste des Faschismus, im Dienste eben jener Reaktion, die die Hungerpeitsche über den werktätigen Massen Deutschlands schwingt.

Und das alles für einen Scheinkampf, für ein leeres Theater! Denn der Kampf der Nationalsozialisten und der Hugenberg-Leute richtet sich nicht und hat sich nie gerichtet gegen die Erfüllungspolitik, deren Krönung der Young-Plan mit all seinen furchtbaren Folgen der rapiden Verelendung breitetster Massen der Bevölkerung ist. Gerade in diesen Tagen hat das die na-

der einzigen Partei, die einen wirklichen und wirkungsvollen Kampf gegen den Young-Plan führt, unter der Fahne der Kommunistischen Partei! Das revolutionäre Proletariat Deutschlands kämpft für das Programm seiner Befreiung von der deutschen wie von der internationalen Ausbeutung durch die Kapitalisten, für das Programm des revolutionären Umsturzes, der Eroberung der Macht und der Errichtung der proletarischen Diktatur, die den Young-Plan und alle anderen Sklaventräge zerreißen und damit der Versklavung des werktätigen Volkes ein Ende setzen wird.

Dieser Kampf, der am 22. Dezember zum Volksentscheid geht, ist die Todfeinde der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse aber hat alles Interesse daran, ihre Todfeinde zu kennen. Sie wird am kommenden Sonntag die Abstimmungslokale des Volksent-

scheids der Reaktion auf proletarische Ketten kontrollieren. Sie wird Späher bilden und die faschistischen Knechte des In- und ausländischen Kapitals Spießruten laufen lassen. Sie wird in den Abstimmungslokalen sich die Namen und Adressen, sie wird sich die Gesichter besser merken, die ihre Stimme für Arbeiter-mord, für die Wiederholung der Massenmörder unter dem Proletariat, für die faschistische Diktatur abgeben. Sie wird diese Renais zu gegebener Zeit und Stunde mit den gegebenen Mitteln auswerten wissen!

Das mügen sich alle die gesagt sein lassen, die am 22. Dezember für den faschistischen Volksentscheid der deutschnationalen und nationalsozialistischen Massen betrüger ihre Stimme abgeben.

## Zantgeschwader gegen Mostau

Deutsche Propaganda für den „europäischen Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ — Luftflotte, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat Lebenslänglich Zuchthaus für Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei!

Zwölf Jahre sieht die Sowjetmacht unerschüttert da. Weder die Interventionsarmeen der imperialistischen Räuberstaaten, noch Blockade, noch konterrevolutionäre Sabotageakte vermochten die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion vom Aufbau des Sozialismus abzuhalten. Jedes Jahr prophezeiten Bourgeoisie, Sozialdemokratie und ihre mißfällige Presse die baldige Sturz der Sowjetmacht. Jedes Jahr erschienen in allen Sprachen der Welt Hunderte von Broschüren, Flugchriften und Büchern, um mit ihrem Gifthauch die Kampagne der internationalen Presse zur Vorbereitung des Heiligen Krieges der „Kulturstaaten“, des Heiligen Krieges der Sklavenshalter gegen die sowjetrussischen Arbeiter, die sich vom Sklavensoch befreien, vorzubereiten.

Eine Giftblüte auf dem Gebiete verächtlichster Journalistik ist jetzt in dem offen nationalistischen „Verlag für aktuelle Politik, Berlin“ erschienen. Eine Broschüre mit dem „verheißenden“ Titel: „Der unermessliche Krieg zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. — Die Vernichtung des Bolschewismus durch das vereinte Europa“. Der tapfere Verfasser zieht es vor, unter dem Pseudonym „Europäischer Staatsmann der Gegenwart“ vor Hohn und Berachtung der Arbeiterklasse zu fliehen.

Der Titel müßte eigentlich genügen, um den Zweck dieser Broschüre zu offenbaren. Wir halten es aber trotzdem für angemessen, einige Stellen dieser auf niedrigstem Niveau stehenden Schmutzchrift der Arbeiterklasse vorzulegen, damit sie sieht, welche

Gedankengänge in den perversten Hirnen nationalistischer deutscher „Staatsmänner“, der Todfeinde des internationalen Proletariats, entstehen.

Gleich zu Anfang stellt die Broschüre die Frage: „Soll der abendländischen Menschheit und der europäischen Kultur die Zukunft gehören, oder dem alles vernichtenden, alles vernichtenden kulturfeindlichen asiatischen Wüstenbolschewismus?“ (!)

Der Schreiber erklärt auch gleich, was ihn zu seiner ängstlichen Frage veranlaßt und läßt sich aus:

„Noch sind keine Anzeichen für Auskommen einer gemäßigteren Richtung wahrnehmbar, wie das in Frankreich nach dem 9. Thermidor der Fall war. Der Kommunismus beginnt sich zu konsolidieren...“

Genug der Zitate über die „Lage in der Sowjetunion“, wie sie uns der „Staatsmann“ vorsetzt. Er wendet sich nun dem Bolschewismus in Europa, insbesondere in Deutschland, zu. Er hat zu diesem Zweck eine eigene „Geschichtsforschung“, in der Annemärchen und Räubergeschichten einen großen Platz einnehmen. In diesem Stil schreibt er auch:

„Rinaldo Rinaldini und Schinderhannes waren harmlose Wallentkneben gegenüber den roten Bluthunden, die in München und Budapest den kommunistischen Hezenjabbal feierten... Die Pariser Kommune von 1871 ist ein Schandstück in der Geschichte Frankreichs. Das Pariser Schandstück, geführt von Fanatikern, Ideologen (!) und Räubern, mitterte Beute. Jetzt konnte man nach Herzenslust plündern, fesseln und mordern — galt es doch, die Ideale der Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen.“

Die Berliner Matkämpfe haben den antibolschewistischen Vorkämpfer in große Schrecken versetzt. Zitternd stammelt er:

„Den Berlinern sind die Kommunistenkämpfe der ersten Maiwoche 1929 noch in frischer Erinnerung. Schon mehrere Tage zuvor hatte die „rote Fahne“ dekretiert: Am 1. Mai muß Blut fließen. Drei geschwindelt nach Propagandeur Rüstler. Die Red.) rote Stottrups durchzogen die Straßen und forderten durch ihre Behalten das Eingreifen der Polizei heraus, die in sehr gemäßigter Weise (!!) die Ordnung wieder herstellte und den Straßenverkehr (!!) aufrechterhalten wollte... Unter den festgenommenen Adelsführern befanden sich zahlreiche russische Juden (!), die eigens von Moskau herübergekommen waren, um als Generalkapitänoffiziere diese Offensive des Berliner Proletariats gegen die Bourgeoisie zu leiten.“

Dann geißelt er los gegen die sowjetrussischen Zügel, gegen die W. und landet bei den sowjetrussischen Zügelhütern, die „mit einer wahren Sintflut den deutschen Markt überschwemmen“, und schließt dieses Kapitel mit der frommen Aufforderung:

„Wer Produkte der Sowjets kauft, ist mitschuldig an der Ausbreitung der kommunistischen Umwälzbestrebungen.“

Die Schlussfolgerungen hat er eigentlich schon vorweggenommen. Aber er wiederholt sie vorsichtshalber noch einmal:

„Es gibt kein besseres und sichereres Mittel, ein geeinigtes, friedliches Panuropa zu schaffen, als wenn sich alle Großmächte des Kontinents zu einem gemeinsamen Kreuzzug gegen die bolschewistische Gefahr zusammenschließen... Krieg dem Bolschewismus bis aufs Messer; muß der kategorische Imperativ der gesamten Kulturwelt lauten.“

Auch der gesamte Schlachtplan ist bereits im Kopfe des blutdürstigen Schmierfinken fertig:

„Mit Zantgeschwadern, geführt von einer Luftflotte, wie sie der Weltkrieg nicht gekannt hat, wird sich das vereinte europäische Heer von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ins Herz des russischen Reiches wagen... Durch Gleich würde in allen europäischen Staaten die kommunistische Partei als hochverräterische Aktion verboten und aufgelöst. Jede fernere Zugehörigkeit zu dieser Partei würde mit lebenslänglichem Zuchthaus (!), jeder Sabotageversuch mit dem Tode (!) bestraft. Die kommunistischen Abgeordneten würden als Geiseln festgenommen und interniert, um Ausschreitungen ihrer Anhänger zu verhindern. Alle kommunistischen Organisationen sowie alle bolschewistischen Zeitungen würden gleichfalls aufgehoben und ihr gesamtes Vermögen beschlagnahmt.“

Aber gemacht! Die Bajonette der Roten Armee sind scharf, ihre Kanonen sicher, ihre Flugzeuge pfeilschnell. Und in jedem kapitalistischen Lande der Welt gibt es noch eine zweite rote Armee, die nicht unterdrückt, nicht geschlagen, nicht aus der Welt geschafft werden kann, auf deren Banner Verteidigung der Sowjetunion und Erklämpfung der Weltrevolution steht. Zwischen diesen Fronten wird die Arbeiterklasse samt ihren schicksalhaften Stottrupps und sozialdemokratischen Agitatoren zu Brei zermalmt werden! Mügen sie rufen, wir sind bereit!

London, 17. Dezember. Bei einer Sprengung in einem Steinbruch bei Plan Beris (Carnarvonshire) lösten sich gestern Abend Felsmassen im Gewicht von mehreren tausend Zentnern und erschlugen drei Arbeiter.



Republikerschutzesetz der Sozialfaschisten — Volksentscheid der Faschisten: Weiden gilt unser Kampf

nationalsozialistische Presse selbst zugeben müssen. Am Sonntag, dem 15. Dezember, schrieb der „Agrif“, das Organ der Berliner Nationalsozialisten, zur Kreditnot des Reiches und Berlins:

„Wann endlich ertönt der Ruf: Keine Anleihe mehr, wir zahlen nur noch Reparationen nach Maßgabe des Möglichen.“

Die Hugenberg-Hitler als Reparationsstreiber, als Hinstrecker des ausländischen und des deutschen Kapitals gegen das hungernde Volk! Das ist das wahre Gesicht der Kämpfer für das „Freiheitsgesetz“!

Der blutige Terror der nationalsozialistischen Arbeitermörder, die Bürgerkriegspropaganda Hitlers und Hugenbergs gegen das Proletariat; das ist die innenpolitische Seite der faschistischen Politik. Blutige Niederschlagung der Arbeiterklasse, Aufrichtung der faschistischen Diktatur, um desto besser und ohne den Widerstand des Proletariats fürchten zu müssen, die Knechtung der werktätigen Massen durchzuführen, das ist auch das Ziel des Volksentscheids, das ist das Programm des Volksentscheids!

Die Kommunistische Partei ruft die ganze revolutionäre Arbeiterklasse auf, auf dieses Spiel nicht hereinzufallen. Keine Arbeiterstimme darf am 22. Dezember für den verlogenen Volksentscheid der Reaktion abgegeben werden! Die Massen der werktätigen Bevölkerung kämpfen unter der Fahne

### Ein Verbrechen der Moabiter Gefängnisleitung

## Durch Schitane aufs Krankenbett

Alle Kräfte zur Unterstützung der Amnestiebewegung der ASD!

Berlin, 17. Dezember. (Eigener Bericht.) Im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Moabit herrschen geradezu haarsträubende Zustände, die von der gesamten Arbeiterklasse beklagt werden müssen: Genosse Kobitsch-Meyer, der sich seit einiger Zeit dort befindet, schwebt durch die verbrecherische Behandlung der Anstaltsleitung in höchster Lebensgefahr.

Seit August des Jahres hat Genosse Kobitsch 40 Pfund abgenommen. Seit Jahren schwer magenleidend, hat er sich jetzt durch die Behandlung im Renter Lungentuberkulose zugezogen. Trotz seines Magenleidens erhält der Kranke keine Diät. Dem magentranken Gefangenen wird wahllos schwere Kost verabreicht. Der Anstaltsarzt Medizinalrat Dr. Wokler weigert sich, zuzulassen, daß Besuch zu Kobitsch-Meyer in die Zelle kommt. Der Gefangene wird infolgedessen zur Sprechstunde über den kalten Hof in das Gefängnisgebäude geführt.

Auf diesem Wege hat sich der Genosse vor etwa drei Wochen eine starke Erkältung zugezogen, daß er stark schwitzend aus dem Bett und dann im anderen Gebäude noch etwa eine halbe Stunde auf dem zugigen Korridor warten mußte. Zum Schluß stellte sich dann heraus, daß er nur infolge einer Verwechslung geholt wurde und der Besuch einem anderen Strafgefangenen galt. Medizinalrat Dr. Wokler erklärt auf Befragen kategorisch, daß eine Sprechlaubnis in der Zelle nicht erteilt werden

lönne, solange der Gefangene imtande sei, das Bett zu verlassen (!).

Genosse Kobitsch-Meyer zählt zu den um die Amnestie des vorigen Jahres völlig betrogenen proletarisch-politischen Gefangenen. Er hat eine fünfzehnjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen. Jede Amnestierung, auch nur durch Straßstranzung, wurde von dem Gericht abgelehnt. Das Oberlandesgericht Braunschweig begründet die Verweigerung der Amnestie gegenüber dem Genossen Kobitsch-Meyer und seinen Leidensgenossen Peters (lebenslänglich Zuchthaus) und Nächstgall (15 Jahre Zuchthaus) damit, daß die Genossen in der Verhandlung, in der sie verurteilt wurden, bestritten haben, die Tat, derer man sie beschuldigt, begangen zu haben.

Während man sämtliche Fememörder freigelassen hat, werden die um die Amnestie betrogenen proletarischen politischen Gefangenen im Renter zu Tode gefoltert. Die lebensgefährliche Lage, in der sich Genosse Kobitsch-Meyer befindet, muß die gesamte deutsche Arbeiterklasse dazu aufreizen, sich einseitig der Amnestiebewegung der ASD für die proletarischen politischen Gefangenen anzuschließen, Unterschriften für die Amnestieforderung der Roten Hilfe zu sammeln.

Kettet unsere proletarischen politischen Gefangenen aus den Rentern!

## Raubmord an einem Chauffeur

Auf der Chaussee am Steuer niedergeschossen — Vom Täter keine Spur

In der Nacht zum Montag wurde auf einen Chauffeur auf der Chaussee zwischen Sindenberg und Blankenburg ein Raubmord verübt. Ein Wächter fand den Wagen verlassen vor. Auf dem Sitz lag mit einer tödlichen Kopfverletzung der Führer des Autos. Der Zeiger der Lagemeterruhr zeigte auf 30,20 Mrk. Der Tote ist der 34 Jahre alte Chauffeur Oswald von Schalepanski, der den Wagen zuletzt erhalten hat und bis 24 Uhr wieder zurück sein sollte. Von den Mördern fehlt noch jede Spur.

In dem Raubmord an dem Droschkenchauffeur erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Das Fahrzeug wurde gegen 8 Uhr morgens von einem Wächter der Kreisfahrbahn an der Wegkreuzung zwischen Sindenberg und Blankenburg gefunden.

Der Wächter glaubte zuerst, der Chauffeur des Wagens sei angeknüttelt und unterwegs eingeschlafen. Als er hinzutrat und den Fahrer wahrnehmen wollte, merkte er aber, daß dieser tot war.

Er löste sofort die Polizei in Kenntnis. Der Chef der Kriminalpolizei und der Gerichtsarzt wiesen mit den Kommissaren Kassin und Dr. Patsch noch am Tatort, um die erforderlichen Befestigungen zu treffen.

Wie schon erwähnt, steht die Tazuhre auf 30,20 Mark, der Wagen hat also anscheinend eine längere Fahrt hinter sich gehabt. Der Ermordete kann nur einen Fahrgast gehabt haben, da die erste Tazuhre eingeschaltet war.

Der noch unbekannte Mörder muß während der Fahrt, die in Richtung Carow ging, das Schließfenster, das die Verbindung zwischen dem Fahrer und dem Insassen ermöglicht, nach links hinübergehoben und dann den Chauffeur durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet haben.

Die Waffe muß eine Kleinkalibrige Pistole gewesen sein. Der Schuß hat den Chauffeur ganz überraschend getroffen, denn die Fahrt ist nicht unterbrochen worden. Der Mann hatte seine Handschuhe noch an und die Hände am Steuer. Im Todeskampf, der nicht lange gedauert haben kann, trat sein Fuß noch die Bremse, so daß der Wagen zum Stillstand kam.

Der Mörder hat dann anscheinend den Fahrer ausgetaucht und den Wagen mit brennenden Lampen stehen lassen.

Der Tote sank sterbend nach rechts hinüber, in dieser Stellung wurde er gefunden.

Die ausgemerkte Patronenhülse war seitwärts auf das linke Trittbrett gefallen und ist dort gefunden worden. Bei dem schweren Regenwetter, das am Sonntagabend und während der Nacht herrschte, ist die Straße dort wohl wenig befahren gewesen. Mit diesem Umstand hat der Mörder auch zweifelsohne gerechnet. Ein Polizeihund, der Witterung in dem Wagen nahm, ist augenblicklich noch auf der Fährtenjagd.

## Spiel mit dem Tode



Der französische Fliegerhauptmann Challe (Bild), ist in Begleitung des Obersten Larre-Borges von Sevilla aus zu einem Transozeanflug in ostwestlicher Richtung gestartet. Trotz der schweren Stürme, die noch immer auf dem Atlantik wüten, haben sich die Flieger zum Start entschlossen. Durch Wahl der südlichen Route hoffen sie, den Sturmgebieten ausweichen zu können.

Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm für die gleiche Zeit aberkannt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Siebert, führte in der Begründung aus: die Aufklärung der Tat, die nunmehr zehn Jahre zurückliegt, ist nicht ganz gelungen. Da keine Tatzeugen vorhanden sind, untersteht das Gericht das Geständnis des Angeklagten als der Wahrheit entsprechend. Die Möglichkeit eines Mordes besteht, das Gericht nimmt aber an, daß Deikert nicht die Absicht gehabt hat, seinen Vater zu töten, obwohl er ihm gegenüber keine freundliche Gesinnung hegte. Da es sich um ein Verbrechen am Vater handelt, mußte der Angeklagte zu der an und für sich sehr schweren Strafe verurteilt werden.

## Rindesmord bei Berlin

Dreijähriges Mädchen vom Vater erschossen — Selbstmordversuch des Täters Bewußtlos im Wartesaal

Die Leiche eines dreijährigen Mädchens, das am Sonntag morgen von Passanten an einem Wege in Rangsdorf erschossen aufgefunden wurde, ist von der Kriminalpolizei noch nicht aufgeklärt worden. Ungefähr zu gleicher Zeit mit der Aufindung des Kindes wurde dessen Vater, der Arbeiter Robert Palmert, im Wartesaal des Potsdamer Bahnhofes mit einer schweren Schusswunde in der Brust besinnungslos aufgefunden.

Es scheint sich nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei um die Leiche eines unehelichen Kindes zu handeln, dessen Eltern infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht heiraten konnten und deshalb besonders in der letzten Zeit in ewigem Unfrieden lebten. Der häusliche Zustand wurde zuletzt so unerträglich, daß die Mutter des Kindes den Vater und das kleine Mädchen verließ, um sich selbst durchzuschlagen. Dadurch ist der Vater anscheinend völlig in Verzweiflung geraten und faßte den Plan, sich und das Kind aus der Welt zu schaffen.

Der 27jährige Robert Palmert wohnte bei seinen Eltern in Rangsdorf im Kreise Teltow. Neben der Leiche seines Kindes wurde seine Klientel gefundene.

Er selbst hat sich anscheinend während der Bahnfahrt eine schwere Schussverletzung in die Herzgegend beigebracht, die ihn dann trotzdem in Potsdam aus und verlor im Wartesaal des Bahnhofs.

Reisende wurden auf den besinnungslosen Mann aufmerksam und entdeckten, daß kein Hemd völlig blutgetränkt war. Im Elisabeth-Krankenhaus kam der Schwerverwundete für einige Augenblicke zur Besinnung und gab an, er sei am Sonntagabend in Rangsdorf von einem Unbekannten angefallen worden und habe sich nach Berlin zu einem Arzte begeben wollen. Diese Darstellung kann nicht zutreffen, denn es steht jetzt fest, daß die Schussverletzungen an dem dreijährigen Kinde Palmerts aus seine eigenen aus der gleichen Schusswaffe stammen, so daß kein Zweifel daran besteht, daß der Vater sein Kind selbst tötete.

Palmert ist noch nicht vernunftfähig und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Der Aufenthalt der Mutter konnte noch nicht ermittelt werden, so daß sie noch keine Kenntnis hat von der tatsächlichen Verweilungsstat ihres Kindes und dem Ende ihres unglücklichen Kindes.

## Mädchenmord in München

Gestern mittag wurde in München auf einer Wiese, etwa 40 Meter von der Hofmeisterstraße entfernt, ein 20 Jahre altes noch unbekanntes Mädchen tot aufgefunden, dem der Kopf eingeschlagen war und die Kleider vom Leibe gerissen waren. Vermutlich handelt es sich um einen Lustmord. Spuren konnten infolge des Schneefalles nicht gefunden werden. Mit welcher unmenschlichen Rohheit die Tat verübt worden ist, geht daraus hervor, daß neben der blutigen Leiche Haare und Knochen splitter des perspektivierten Schabells umherlagen.

Die, wie gemeldet, an der Hofmeisterstraße ermordet aufgefundenene Frau ist als die 16 Jahre alte Schneiderin Bettina

Weinmann aus Gemberlingen bei Donaauwörth in Bayern, die zuletzt in München wohnte, identifiziert worden.

## Wieder ein Reinfall

Der Düsseldorfser Kopfläger noch nicht verhaftet

In der gestrigen Pressekonferenz im Düsseldorfser Polizeipräsidium wurde mitgeteilt, daß der in Eger festgenommene Josef Maier tschechischer Staatsangehöriger ist.

Bei der schon erwähnten Sitzung, die bei ihm gefunden wurde, handelt es sich um eine einfache Geländestriche, die in keinem Zusammenhang mit den Düsseldorfser Mordtaten steht. Auch paßt die Beschreibung, die die Polizei von dem Mörder hat, nicht auf ihn. Der Mörder soll höchstens bis zu 1,70 Meter groß sein, während Maier über 1,80 Meter ist. Er kommt also hier aller Wahrscheinlichkeit nach als Täter nicht in Betracht. Bisher hat sich auch niemand gemeldet, der ihn in der Stintermühle am 11. August photographiert hat.

## Das Urteil

gegen die Giftmischerinnen

Von den ungarischen Giftmischerinnen wurde durch das Gericht in Szolnok die 62jährige Frau Lipka zum Tode durch den Strang verurteilt, lebenslängliches Zuchthaus erhielten drei andere Frauen, darunter die 71jährige Sebestyén. Die Frauen nahmen das Urteil ohne jede Bewegung auf. Staatsanwalt und Verteidigung legten Berufung ein.

## Drei Tote bei einem Wirtshausstreit

In der Wirtshaus Wagner in Oberhausen kam es in der vergangenen Nacht zu einem Streit, der drei Menschenleben forderte. Die Brüder August und Wilhelm Palm, die von dem Gastwirt Wagner wiederholt aus dem Lokal gemiesen waren, drängen auf ihn ein. Wagner feuerte drei Schüsse auf die beiden Brüder ab. August Palm erhielt einen Schuß in den Kopf, sein Bruder Wilhelm einen Bauchschuß. Der dritte Schuß traf einen herbeieilenden Freund des Gastwirts, namens Wirtsch, in den Kopf und tötete ihn auf der Stelle. Die beiden Brüder sind ihren Verletzungen im Krankenhaus erlegen. Der Wirt, der einen Nervenzusammenbruch erlitt, wurde vorläufig festgenommen.

## Acht Jahre Zuchthaus für Paul Deikert

Im Deikert-Prozess wurde am Montagabend gegen 8 Uhr vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. D. das Urteil verkündet. Paul Deikert, der im Jahre 1919 seinen Vater getötet hat, wurde wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu acht Jahren

## Raubüberfall

In Eisenstad wurde der Sägewerksbesitzer Adler in Firma Wädel Raab, in Eisenstad in seinem Geschäftszimmer von zwei Unbekannten überfallen. Die Räuber drangen mit vorgehaltenen Revolvern in das Zimmer ein und forderten Adler auf, das Geld und die Wertpapiere herauszugeben. Der Ueberfallene legte sich zur Wehr und wurde dabei leicht am Kopfe verletzt. Ohne etwas geraubt zu haben, ergriffen die Räuber die Flucht, wobei sie auf die dem Ueberfallenen zu Hilfe eilenden Personen mehrere Schüsse abgaben. Die Täter sind unerkannt entkommen.

## Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahn

Am Montag früh 6 Uhr ereignete sich an dem schrankenlosen Bahnübergang der Industriebahn der Firma Leonhardt Söhne, Crotzen, zwischen Mosel und Zwilkau, ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Kraftwagen und einer Lokomotive. Der Führer des Wagens, der 25 Jahre alte Chauffeur Erich Grimm, wollte wahrscheinlich noch vor dem Zuge die Gleise überqueren. Dabei wurde der Wagen von der Lokomotive erfasst und vollständig zertrümmert. Die beiden Insassen, der Chauffeur und die 38 Jahre alte Stütze Anna Zweynert, wurden schwer verletzt. Im Laufe des Vormittags ist die Frau ihren Verletzungen erlegen.

Mord. Der 49 Jahre alte Geschäftsführer einer Schiffahrts-gesellschaft in Halle-Trotha, Wilhelm Bauer, wird seit Sonntagabend vermißt. Etwa 200 Meter von den Büroräumen entfernt fand man nun am Halleufer große Blutspuren sowie Blut, Wille Trauring, eine abgebrannte Zigarre Bauers und ein Messer. Es ist anzunehmen, daß Bauer ertrunken und in die Saale geschleift wurde. Die Leiche ist noch nicht geborgen, die Täter noch nicht ermittelt.

13 Tote bei einem Gemartungsstreit in Mexiko. Wie „Associated Press“ aus Mexiko meldet, kam es in der Nähe der Stadt Venadecarpo zwischen Bewaffneten der Dörfer Santo Tomas und Santa Maria, die sich über die Festlegung der Dorfgränze nicht einigen konnten, zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem 13 Personen getötet und 6 verwundet wurden.

## Der Schnellzug in der Schafherde

Der D-Zug Ströbberg-Mex ist gestern nachmittag, etwa ein Kilometer von dem Bahnhof Brumath entfernt, in eine die Gleise überquerende Schafherde hineingefahren. Etwa 80 Tiere wurden auf der Stelle getötet. Der Lokomotivführer bemerkte den Unfall erst beim Einfahren in den Bahnhof.

Links:

Vor einem neuen Ausbruch des Krakatau.

Der Inselvulkan Krakatau im holländischen Archipel entlastet in der letzten Zeit eine starke Tätigkeit. Die Eigenart des Krakatau, der zu den gefährlichsten Vulkanen zählt, beruht darin, daß sein Krater mit Wasser angefüllt ist, und aus dem Kratersee bei Ausbrüchen, wie in unserem Bilde zu sehen ist, gewaltige Wassersäulen emporschießen.

Rechts:

Vom Giftmordprozess in Ungarn. Unser Bild zeigt die angeklagten Bäuerinnen von links nach rechts in der oben angegebenen Reihenfolge vor Gericht. Ganz rechts sieht man die Speisekammer der Fazekas mit den vergifteten Speisen. Unten steht noch ein großer Beutel mit Gift.



# Breslau

## Kraubüberfall auf eine Geschäftsinhaberin

Wesern, Dienstag abend, gegen 10 Uhr, betreten zwei Männer das Zigareten- und Papierwarengeschäft Ermer, Binzenstraße 2, als die Inhaberin gerade im Begriffe war, den Kassenbuche zu schließen. In der Annahme, die beiden wollten noch etwas kaufen, machte sie die Tür frei und trat in den Laden zurück. Im nächsten Augenblick wurde sie von einem der Männer am Halse gefaßt und zu Boden geworfen, während der andere den Kassenbuche herumstieß, um den Inhalt in den Laden zu verschleudern. Der Geschäftsinhaberin gelang es, um Hilfe zu rufen. Der eine der Täter entwendete das Geld aus der Ladentafel, während der andere die am Boden liegende Inhaberin weiter festhielt. Die Täter wurden von Nachbarn gefaßt, die sofort die Ausgänge des Geschäfts besetzten und die Polizei benachrichtigten. Auf diese Weise gelang die Festnahme der beiden Täter noch am Tatorte. Es handelt sich um den 23-jährigen Hausknecht Georg Seidel von der Rosenhäger Straße und den 19-jährigen Schneidergesellen Erich Jensch von der Trebniger Straße.

## Die Schulferien 1930

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die Ferien für das Schuljahr 1930/31 wie folgt festgesetzt: Osterferien: Schulschluss Mittwoch, 9. April; Schulanfang Donnerstag, 21. April. Pfingstferien: Schulschluss Freitag, 6. Juni; Schulanfang 17. Juni. Sommerferien: Schulschluss Donnerstag, 8. Juli; Schulanfang 7. August. Herbstferien: Schulschluss Freitag, 20. September; Schulanfang Donnerstag, 9. Oktober. Weihnachtsferien: Schulschluss Dienstag, 23. Dezember 1930; Schulanfang Donnerstag, 8. Januar 1931. Schulschluss des Schuljahres 1930/31: Dienstag, 31. März 1931. Osterferien: Schulschluss Dienstag, 31. März; Schulanfang Mittwoch, 15. April 1931.

## Winter-Sonnenwendfeier

der Internationalen Arbeiterhilfe, Sonntag, 22. Dezember, im Zentralballsaal, Westendstraße 50. Es wirken mit: Theatertruppe „Rote Knäuel“, Arbeiter-Musikverein „Vortschritt“, Regitationen: Kurt Krepik. Einlass 19 Uhr. Beginn 19.30 Uhr. Nach der Geschenke-Verteilung an Arbeiterkinder, von 21 bis 24 Uhr: Tanz. Eintritt 30 Pfennig. Tanz 50 Pfennig.

## Obleutefeier

Sonabend, 18 Uhr, findet eine wichtige Obleutefeier statt. Es spricht Stadtverordneter Genosse A. del. Erscheinen der Obleute erforderlich.

**Verstorbener Straßenraub.** Der Kontorist Gerhard Koller, Opitzstraße 16 wohnhaft, wurde heute 2.30 Uhr nachts vor dem Grundstück Hörschenstraße 91 von zwei Männern überfallen und nach Wertgegenständen durchsucht. Nach erfolgloser Durchsuchung ergriffen die Männer die Flucht.

**Tödtlicher Straßenunfall.** Der Kraftfahrzeugführer W. a., Weinstadtstraße 83, wurde vor dem Grundstück Friedrich-Wilhelm-Straße 108 von der Straßenbahn, Linie 5, umgefahren und verletzt. Er wurde ins Arbeitshospital eingeliefert und ist dort gestorben.

**Er will Unterkunft haben.** Nachts schlief ein Mann im Hauptbahnhofs-Wartesaal 3. Klasse eine Scherbe entzwei und wartete ruhig daneben, bis Passanten Holzgel holten, die ihn einsperren. Als Grund gibt er an, obdachlos zu sein und dadurch zu einer Bewachung zu gelangen.

**Sonntagsrückfahrten zu Weihnachten und Neujahr.** Nach den Tarifbestimmungen gelten die Sonntagsrückfahrten: Zur Hinfahrt: Zu Weihnachten am 23. Dezember von 12 Uhr an, am 24., 25. und 26. Dezember; zu Neujahr am 31. Dezember von 12 Uhr an und am 1. Januar. Zur Rückfahrt: Zu Weihnachten am 25. und 26. Dezember, am 27. Dezember bis 9 Uhr; zu Neujahr am 1. Januar und 2. Januar bis 9 Uhr.

**Brand.** Gestern gegen 6.30 Uhr war in einer Ziegelei an der Friedrich-Ebert-Straße im Wohngebäude Feuer ausgebrochen. Durch unangemessene bauliche Anlage war im ersten Stock eine glühende Herdplatte und den Bodenplatten befindliche Fachwerkbohle in Brand geraten. Die brennenden Teile wurden freigelegt und mit der Eimerpritze abgelöscht.

**Mord.** Zu dem tödtlichen Unglücksfall der Stallweizerfrau Martha Krause in Karowahne, die, wie wir berichtet haben, im Stall von einem Bullen angefallen und tödtlich verletzt wurde, erfahren wir noch den Abschluß der polizeilichen Ermittlungen. Diese Ermittlungen wie auch die Sektion der Leiche haben ergeben, daß ein Verschulden Dritter an dem Tode der Unglücklichen nicht in Frage kommt. Nach dem ärztlichen Befund ist das Horn des Bullen in die Stirn eingedrungen, hat die vordere Schädelpartie zerschmettert und dann das Schädeldach abgehoben.

**„Grotto, Wintertag“ für Weihnachten.** In eine Papier- und Schreibmaterialienhandlung im Hause Kirschstraße 30 ist in der Nacht zu gestern Dienstag ein Einbruch verübt worden. Die Täter erbeuteten 360 Stück Filzfedernhalter der Marken Parler, Everhart, Hartmuth, Mont-Blanc, Kaweco und Pellan, ferner 30 Stück Drehschreibstifte der Marken Everhart, Hartmuth, Mont-Blanc, in schwarzen, bunten und silbernen Stiften, sowie 20 neue Kartenpfeile mit der Firmenbezeichnung Flemming Wiskott, im Gesamtwert von 4500 Mark.

**Gewerkschaftshaus-Rins.** In dem Winterportfilm „Der große Sprung“ zeigen drei Meister ihre Beherrschung des Skis: Vert Kieffenthal, Hans Schneeberger, Louis Trenler. Steigen und Abfahren, Wenden am Gang, Schnee- und Stempflug, Stimmbojen, Telemark- und Christlanckwänge werden in allen Variationen gezeigt. Aber in keinem trockenen Schifflin, sondern in einem mit dem tollsten Humor vermischten Spielfilm. Die Regie des Films leitet Arnold Franck, der Regisseur von dem „Heiligen Berg“ — „Der Kampf um Matterhorn“. Nach Kanada bringt und der zweite Film. Heute leben dort 20 Millionen Menschen. Raum und Nahrung ist für Hunderte von Millionen vorhanden. Kanada ist 15mal so groß wie Deutschland. Die Filme der Woche sind von der Zeit für die Jugend und die Kinder freigegeben. Für Abwechslung sorgt das Programm durch einige Reizentwürfe und eine alles umwirbelnde Grotte. Die Eintrittspreise sind wie immer sehr niedrig und aus dem Interaktum zu ersehen.

**Schauspielhaus.** Heute Mittwoch 18 Uhr zu kleinen Preisen „Mehnenbödel“. Täglich 20 Uhr der große Vaherfolg „Die Tugend-Prinzessin“ mit Martin Kettner als „Dantelmann“. Der Vorverkauf für die Weihnachtstage (Gastspiel Walter Jankuhn in „Die Dajadere“) ist eröffnet.

# Betrüger Schubert immer Verbandsmitglied

## Eine stürmische Gewerkschaftsversammlung der Friseurgehilfen

Die Breslauer Friseurgehilfen hielten im „Kleistgarten“ eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der zu den Unterschlagungen des Gewerkschaftsmitgliedes und SP. Mannes Schubert Stellung genommen wurde. Die betroffenen Kollegen trübten auf schärfste das Verbrechen von Schubert und selbstverständlich auch seines Komplizen Kolonts. Der Gewerkschafts-Vorzug, sich einmal nicht an der „Arbeiter-Zeitung“ zu reiben. Er ist sehr böse, daß wir den Korruptionsfall, der in der Innungs-Frankenkasse vorhanden war, mit ausmitten gelassen haben. Seiner geschätzten Meinung nach habe die „Arbeiter-Zeitung“ den Artikel nur aus „Sensation“ gebracht. (Wohlgemerkt: Wo sollte er denn stehen?) Das Anschuldsblatt Kuschel bekam es noch fertig, zu behaupten,

man wisse über die Unterschlagungen noch nichts Genaues!

Kuschels Ausführungen fanden in der Versammlung scharfsten Widerspruch. Von einer ganzen Anzahl Diskussionsredner wurde das unglaublich laue Vorgehen des Vorstandes in dieser Angelegenheit angegriffen. Es wurde an die Unterschlagungen des ehrenwerten sozialdemokratischen Friseurgehilfenführers Podołski erinnert. Damals habe man nicht energisch genug durchgegriffen und den Organisationsapparat nicht gereinigt. Dadurch ist erst der Fall Schubert möglich gewesen.

In der Versammlung wurde des Weiteren die Forderung nach einer Generalversammlung laut, die die Friseurkollegen unbedingt verlangen müssen, damit den unmöglichen Zuständen in ihrer Organisation ein für allemal ein Ende bereitet wird. Von besonderem Interesse dürfte es für die Breslauer Friseur sein, daß ein Schubert, der gemeinschaftlich mit einem anderen Lumpen 40 000 Mark von

den Kollegen aufgebracht werden unterschlägt, noch immer Mitglied des Friseurgehilfen-Verbandes ist. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Kollegen mit aller Entschiedenheit den Ausschluß Schuberts verlangen müssen, denn man offenbart mit Rücksicht auf seine sozialdemokratische Parteilugehörigkeit schonen will.

Ein Wort noch zu Herrn Kuschel: Er glaubte demagogischerweise den Kollegen einreden zu können, die „Arbeiter-Zeitung“ hätte nur von Unterschlagungen des Gehilfenvertreter Schubert, aber nicht von denen des Unternehmervertreter Kolonts berichtet. Das ist natürlich Schwindel. Wie haben von vornherein über beide Betrüger berichtet. Daß wir die Rolle Schuberts besonders erwähnt haben, liegt daran, daß wir die Friseurkollegen aufmerksam machen wollten, was für Subjekte sich in ihren Reihen befinden und sogar Vertrauensstellungen ergattern konnten. Uns mit Kolonts und seinen Auftraggebern, den Unternehmern auseinanderzusetzen, ist nicht die Hauptsache, da wir ja nicht das Blatt der Unternehmer, sondern das der Arbeitnehmer sind. Im übrigen betonen wir noch einmal, daß wir selbstverständlich mit Kolonts genau so scharf ins Gericht gegangen sind wie mit Schubert. Mit Recht wurde Kuschel in der Versammlung von Friseurkollegen entgegengehalten, daß Schubert, auch wenn er nur einen Zaler Arbeitergroßverdiener unterschlagen hätte, ebenso verwerflich gehandelt hätte, als wenn Kolonts, der Unternehmer, einige tausend Mark unterschlagen hätte. Entweder versteht Herr Kuschel diesen Grundsatze proletarischer Moral tatsächlich nicht oder er will ihn nicht verstehen. Bei Sozialdemokraten soll das öfters vorkommen.

Die Friseurkollegen seien nochmals mit aller Eindringlichkeit ermahnt, alles zu tun, ihren Verband von Schädlingen zu säubern, sonst werden sie in kürzester Zeit vielleicht einen ähnlichen Skandal in ihrer Organisation erleben.

# Kommunistische Fraktion verlangt Stadtverordnetenwahl

## Sie muß noch diese Woche stattfinden

Breslau, 18. Dezember.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat heute, nachdem die Ablicht der Verschiebung der ersten Sitzung feststeht, den Antrag beim Magistrat — der die erste Sitzung des neuen Stadtparlaments einberuft — gestellt, diese Sitzung unter allen Umständen noch diese Woche einzuberufen. Auf die Tagesordnung soll der Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe gestellt werden, damit diese — was bei

gutem Willen durchaus möglich ist — noch vor Weihnachten zur Auszahlung kommen kann.

Die Entscheidung über diesen Antrag — und bei der berechtigten Empörung der Erwerbslosen nicht nur über diesen — liegt jetzt beim Magistrat. Wird er der Forderung nachkommen? Er trägt für alles die Verantwortung! Wir werden morgen über die Stellung des Magistrats zu dem kommunistischen Antrage berichten.

## Erwerbslose, merkt euch das!

# Monatlich 44 Mark sind auskömmlicher Verdienst

## sagt das Presseamt — und die bürgerliche Presse stimmt dem zu

„Der 27-jährige kaufmännische Angestellte P. hatte in der Zeit von November 1926 bis Ende März 1929 dauernd Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung bezogen, obgleich er aus seiner Berufstätigkeit einen auskömmlichen Verdienst hatte. Er hat gekostet, in dieser Zeit 975,65 Mark verdient zu haben, während er in der gleichen Zeit vom Wohlfahrtsamt 1210,08 Mark erhalten hat. Hätte er pflichtgemäß den Verdienst dem Wohlfahrtsamt gemeldet, dann wäre ihm dieser mit 575,80 Mark auf die Unterstützung angerechnet worden. Durch das rechtswidrige Verschweigen ist das Wohlfahrtsamt veranlaßt worden, bei dem Landgericht gegen P. Strafantrag wegen Betruges zu stellen. Die Verhandlung hat dazu geführt, daß der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt worden ist.“

So lautet ein Auszug aus einem vom Städtischen Presseamt den Tageszeitungen zum Vordruck zur Verfügung gestellten Berichtes. Es ist wohl kaum Zufall, daß ausgerechnet in diesen Tagen, da die Erwerbslosen eine Wirtschaftshilfe fordern, das Städtische Presseamt einen Einzelfall herausgreift, um damit — das wird zwar nicht offen gesagt — den Eindruck entstehen zu lassen, daß zumindest ein Teil der Erwerbslosen ausgesprochene Betrüger sind.

Doch sehen wir uns einmal die Rechnung dieses Einzelfalles

näher an: 975 Mark sind ein „auskömmlicher Verdienst“. Das heißt, bei 22 Monaten blieben für den Monat etwas über 44 Mark. Und das nennt das Presseamt „auskömmlich“. Insgesamt hat er, einschließlich der „zu Unrecht bezogenen“ Gelder, knapp 2200 Mark „Einkommen“ gehabt, was, auf den Monat umgerechnet, ganze 100 Mark ausmacht. Wer will behaupten, daß 100 Mark zum Leben reichen? Aus Hunger hat hier ein junger Mensch zur Selbsthilfe gezwungen mit dem Ergebnis, daß er als „Schwerverbrecher“ für vier Monate ins Gefängnis wandert. Es ist eine unglaubliche Abgebühlichkeit, in einem solchen Falle noch zu moralisieren. Wer von den Figuren aus dem Wohlfahrtsamt, die den Strafantrag gegen P. veranlaßt haben — wie sie in selbstgefälliger Wichtigkeit noch mitteilen — hat es denn nötig, mit den 100 Mark, die der „Betrüger“ an monatlichem Einkommen hatte, auch nur eine Woche zu leben? Wissen denn diese Herren überhaupt, wie Hunger tut?

Ein Skandal ist es, wie sich die bürgerliche Presse in diesem Fall verhalten hat. Sie druckte kommentarlos die Presseamtsnotiz ab und brachte damit zum Ausdruck, daß sie mit der Beurteilung des Falles durch das Presseamt übereinstimmt. Erwerbslose, die ihr solche Zeitungen noch lest, merkt euch das! Wenn ihr 44 Mark im Monat habt, haltet ihr ein „auskömmliches Einkommen“. Werft diese Blätter aus dem Hause! Ihr habt es nicht notwendig, euch in eurem Elend noch derhöhnern zu lassen!

## Warnung

Trotz mehrerer Hinweise in unserer Presse gelang es dem Betrüger Herbert Rothenburg, Breslau, Berliner Straße 72 wohnhaft, eine Wirtin eines unserer Versammlungsorte um eine größere Summe zu beschwindeln. Ein Versuch bei einem anderen Wirt mißlang. Er schlich sich in das Vertrauen dieser Wirtin ein, indem er sich als kommunistischer Funktionär und Stadtverordneter ausgab. Wir warnen nochmals vor Rothenburg!

**Ausschluss.** Das bisherige Mitglied Robert Piering ist wegen organisationsfähigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen worden. Zu dem Ausschluss teilt uns der Jungpartakusbund noch mit: Piering hat, nachdem er seiner Funktion als SED-Beitrag entbunden war, mit einem Teil der Mitglieder des Jungpartakusbundes eine eigene Gruppe, die sich „Freie Pfadfinder“ nennt, gegründet. Wir teilen unseren Genossen, besonders den Eltern unserer Pioniere hierdurch mit, daß diese Gruppe mit dem Jungpartakusbund nichts zu tun hat.

## Mittelschlesien

**Brig.** Selbstmord eines Kranken. Auf dem Bahnhöfen der Strecke Breslau-Brig, in der Nähe des Sechs-Panals, wurde der 38 Jahre alte verheiratete Arbeiter Max Kuschel aus Prodaa überfahren. Dem Toten war der Kopf vom Kumpfen getrennt. Kuschel war seit längerer Zeit nervenkrank. Infolge seiner überreizten Nerven ließ er sich oft zu Taktigkeiten hinreißen. So bewarf er vor kurzer Zeit einige Polizeibeamte mit Steinen, und im Frühjahr dieses Jahres war er in eine Messerschere verwickelt, wobei er einem Manne einen Messerstich in den Kopf versetzt hatte. Kuschel hat er Selbstmord verübt.

## Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**  
Breslau.  
— Samstag, 20. Mittwoch 20 Uhr Funktionärversammlung bei S. und L. G. G. großer Straße 10. Um 19 Uhr Stadtkleiderausstellung.  
**Kommunistischer Jugendverband**  
Breslau.  
— Donnerstag Generalmitgliederversammlung.  
— Samstag 20 Uhr im „Eisenberg“, Goltzstraße. Alle Genossen müssen pünktlich erscheinen. Sehr wichtig.  
— Sonntag, 20. Uhr bei Metzger, Uferstraße. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.  
— Dr. Donnerstag Auftreten um 18 Uhr am Prodaauer Platz.  
— Nord. Donnerstag 19 Uhr Trebniger Straße 50. Alles muß pünktlich zur Stelle sein.  
**Gewerkschaften**  
Jeden Mittwoch 19.30 Uhr Zusammenkunft. Treffpunkt Sidel, Kleinböcker Straße.  
Kriegsbund. Mittwoch 20 Uhr außerordentliche Versammlung an bekannter Stelle. Erscheinen Pflicht.  
**Antifaschistische Arbeiterwehren**  
Wesern. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung der „Arbeiterwehr“ in den Unten-Bierhäusern, Kängelstraße. Erscheinen Pflicht.  
**Religiöse Organisationen**  
Streit. Verband für Freireligion und Gewerkschaften. Mittwoch öffentliche Versammlung. Referat des Genossen Schirbwan über „Sieg der Naturwissenschaft über das religiöse Märchen“.

**Alle Gasinstallationsarbeiten** hinter dem Gasometer sollen in Verbindung über Veränderung oder Reparatur von Gasgeräten dürfen nur durch zugelassene Unternehmen ausgeführt werden. Diese sind an ihren Geschäftskarten durch besondere Schilder kenntlich, welche die Aufschrift tragen „Zur Gasinstallation im Besondere berechtigt“. Die städtischen Gaswerke zu Breslau zugelassen. Wer hiergegen verstößt, setzt sich strafrechtlichen Bestrafungen aus und läuft Gefahr, daß die Gaslieferung unterbunden wird.  
**Gählig gefärbter Zahnbelag.** „Ein Kummer waren stets meine gelbten Zähne. Nachdem ich alle Hilfsmittel ausprobiert hatte, verjagte ich es mit Chlorodont, und die Wirkung war ebenfalls erfreulich. Ich bin gesünder weißer Zähne.“ (See. S. 1000).  
an der Barthe.

# Waldenburger Bergland

## Funktionärkonferenz des Unterbezirks Waldenburg

am Mittwoch, dem 18. Dezember, 19 Uhr, in Waldenburg, Lokal „Obelisk“. Zum Erscheinen sind verpflichtet alle Pol. und Org.-Leiter sowie die Mitglieder der UBE. Alle anderen Funktionäre werden ersucht, ebenfalls zu erscheinen. — Unterbezirksleitung der SPD. Waldenburg.

## Lebensgefährlich verunglückt

Der Bauer Franz Plejmelter aus Neu-Waldenburg wurde in Tiefbauschicht der Fürstentümer Gruben von einem vorzeitig losgehenden Sprengschuß getroffen und lebensgefährlich verletzt.

## Gemeindevorsteherwahl in Lehmwasser

Worum geht es: um den Vorsteherposten oder die 50 Mark Entschädigung?

A. A. Nach Tätigung der Neuwahlen zu den Gemeindeparlamenten ist nun der Kampf in den Fraktionen der bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien um die zu vergebenen Posten entbrannt. So auch in Lehmwasser. R. Köblich, der bisherige Amtsvorsteher, erhebt Anspruch auf diesen Posten, ebenso Elter als Vater einer zahlreichen Familie; denn es gibt ja 50 Mark monatliche Entschädigung. Einer will beim Vorschlag des anderen sich der Stimme enthalten, so daß ein Bürgerlicher gewählt würde. Kurz vor Tagesende scheint man sich doch geeinigt zu haben. Elter wird also von der SPD. kandidieren. Aber noch steht es 4 zu 3. So die Pläne. Ob der Koalitionsbruder Koalitionsdisziplin üben wird oder seinen jetzigen Arbeitsgemeinschaftsfreunden treu bleiben wird, muß abgewartet werden.

Sehen wir uns nun einmal den zukünftigen „Vorsteher“ an. Ein Köblich auf alte Parlament zeigt nur zu deutlich, daß nicht politische Grundzüge bei Herrn Elter maßgebend sind. Im alten Parlament wurde ein Antrag von Elter eingebracht, eine Summe für linderreiche Familien zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen. Einige Zeit später stellt ein Fraktionsgenosse den Antrag, allen den Mietern, die infolge geringen Verdienstes oder großer Familie keine Lohnsteuer entrichten brauchen, die von den Hausbesitzern umlegbare Grundvermögenssteuer zu erlassen. Herr Elter als Sozialdemokrat hat diesen Antrag seines Fraktionsgenossen

niederzustimmen. So könnte man noch viele Beispiele über diese Sorte von Nicht-Arbeitervertretern bringen. Aber genug damit. Diesen Leuten kann ein revolutionärer Arbeiter keine Stimme geben!

Die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevertreterversammlung fand am 12. Dezember nun statt. Zuerst wurden die Formalitäten erledigt. Bei der Aussprache über die Aufnahme eines Darlehens für das zu erbauende Rathaus wurde von unserem Genossen die Ausnahme der leeren Privatankasse abgelehnt. Er forderte Hauszahlsteuererlöse. Von unserem Genossen wurde ein Antrag eingereicht, den Hilfsbedürftigen, Sozialrentnern, Witwen, Arbeitslosen pro Person 15 Mark und für das Kind 5 Mark zu bewilligen. Ein Vertreter der Bürgerlichen stellte die Annahme des Antrags als unmöglich hin. Auch die Sozialdemokraten nahmen eine ablehnende Haltung ein. Mitthin ist der Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

## Freiburg

Weihnachten, das Fest der Liebe und Barmherzigkeit, steht vor der Tür, aber in Freiburg versucht man, die Winterbedürftigen der Erwerbslosen zu verschleppen oder gänzlich zu hintergehen. Darum, Erwerbslose, besucht Freitag, den 20. Dezember, die Stadtverordnetenversammlung, und überzeugt euch, wer für eure Forderungen reiflos eintritt. Das Rathaus muß Freitag von Erwerbslosen überfüllt sein. Gleichzeitig fordern wir euch auf, Dienstag, den 21. Dezember, 19 Uhr, euch geschlossen beim „Kreuz“ einzufinden zur gemeinsamen Demonstration aller Erwerbslosen von Freiburg, Polznieß und Zirkau. — Der Erwerbslosenrat.

Die Erwerbslosenversammlung, in der der oben wiedergegebene Beschluß gefaßt wurde, nahm folgenden Verlauf: Aus dem Jahresbericht konnte man erfahren, daß der Ausschuß gut gearbeitet hat. Es sind über 800 Anträge an Spruchauschüß, Wohlfahrtsamt usw. geschrieben worden. Elf Versammlungen und einige Demonstrationen wurden durchgeführt. Bei der Wahl des Erwerbslosenausschusses erklärten einige Sozialdemokraten, es sei überflüssig, da die Interessen der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften wahrgenommen werden. Ihnen konnte jedoch nachgewiesen werden, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften gar nicht daran denken. Ueber die Frage der Wirtschaftsbefehle wurde reger debattiert und die Haltung des Magistrats angegriffen. Am Schluß lief ein Antrag ein, daß gleich nach der Versammlung eine Demonstration nach dem Ring stattfinden soll, welche dann auch durchgeführt wurde.

## Schweidnitz

Sie sind zu feige, Farbe zu bekennen

Nämlich die Reformisten. In der letzten Baugewerkschaftsversammlung referierte Kollege Adelt über: „Was müssen die Bauarbeiter über die Krankenkassen wissen?“ Sein ganzes Bestimmte (ein Referat

konnte man das nicht nennen) ging dahin: wir müssen für eine Verbesserung und den Ausbau der Krankenkassen arbeiten. Wie demagogisch sein Geplapper war, zeigte sich am besten in der Diskussion. Genosse Hennig trat ihm entgegen und zeigte an Hand von Beispielen, wie es tatsächlich in der Krankenfürsorge aussieht und wie auf die im Reichstag geplanten Verbesserungen hin. Adelt erklärte in seinem Schlußwort: Jawohl, ich habe schon davon gehört. Aber der UDB. hat noch keinen richtigen Beschluß herausgegeben, infolgedessen können wir noch keine Stellung dazu nehmen. Jedenfalls gilt es, wenn schon Verbesserungen kommen, dafür zu sorgen, daß diese nicht zu kurz ausfallen. Also erst Verbesserungen, dann nur die Verbesserungen „verbessern“. Eine größere Demagogie haben wir so bald noch nicht erlebt. So etwas bringt ja nur die SPD. fertig.

Wie eine Bombe hat der Artikel „So sehen die SPD. Jungen aus“, der von uns über Hornig veröffentlicht wurde, bei der SPD. eingeschlagen. Hornig hat sofort sein Mandat als neugewählter Stadtverordneter niedergelegt; er will auch angeblich seine Funktion als UDB.-Vorstand niederlegen. Nun, wir weihen nicht darum. Erklären aber heute schon, daß wir bereit sind mit ihm und seinem Anhang, wenn es Hornig wünscht, in aller Öffentlichkeit, und sei es vor einem Kassengericht, wenn uns Hornig vor dieses zerrt, abzurechnen.

Auf der Straße beraubt. Auf der Friedrichstraße wurde am Montagabend eine Frau von einem Banditen angefallen und der Handtasche, in der sich u. a. ein Portemonnaie mit 200 Mark befand, beraubt.

## Striegau

Die Erwerbslosen lassen sich nicht einsperren

A. A. Der UDB. hatte eine Erwerbslosenversammlung einberufen. Als Referent war ein Breslauer Bönze erschienen. Sein Referat war nicht das, was die Erwerbslosen von ihm verlangten. Er schilderte die Ersparnisse, die durch die Reform der Erwerbslosengesetzgebung erzielt wurden und bemühte sich, insbesondere seinen Parteigenossen, den Finanzminister Hilse, zu verteidigen. In der Diskussion rechnete die Opposition mit dem Referenten gründlich ab. Das Schlußwort des Referenten bestand in einer müßigen Heße gegen die Kommunisten, wobei er durch die Anwesenden dauernd unterbrochen wurde, so daß er schließlich den Faden verlor, ein anderes Thema anschlöß und abbrechen mußte. Zu dem ausgesprochenen Zweck, den Einfluß der Kommunisten nicht weiter anwachsen zu lassen, wurde von den Sozialdemokraten ein Antrag auf Weihnachtshilfe gestellt. Eine Abstimmung vorzunehmen, wurde nicht für notwendig gehalten. Als Begründung wurde gesagt, die SPD. habe im Stadtparlament sowieso schon einen Antrag gestellt. Natürlich waren die Erwerbslosen neugierig, zu erfahren, was darin gefordert wird. Nach längerem Sträuben teilte der Versammlungsleiter mit, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion einen Betrag von 5000 Mark (!) fordere. Bei 5000 Erwerbslosen in Striegau würde also bei voller Bewilligung des Antrags ein e Mark pro Mann kommen. Heil dir, Sozialdemokratie!

# Niederschlesien

## Der Aufruhrprozeß gegen den Görlitzer Erwerbslosenausschuß

Für dem Erweiterten Schöffengericht fand, wie wir gestern berichteten, am Montag die Verhandlung gegen die wegen Aufruhrs und Mäßigung angeklagten Genossen Brodke, Hollar, Kleinert, R. Köbner und P. Päßold vom Erwerbslosenausschuß statt.

Der Anklage lagen die Ereignisse zugrunde, die sich bei den Erwerbslosendemonstrationen und den Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister Dr. Wießner am 26. März 1929, anlässlich der Forderungen der Erwerbslosen auf Gewährung einer Wirtschaftsbefehle abgezeichnet hatten. Die Beweisaufnahme ergab trotz des aufgebotenen Apparates von 11 Zeugen — darunter der Oberbürgermeister, der Polizeidirektor Stadtrat Liebig, einige höhere städtische Beamte, zwei Schupo-Offiziere und eine Reihe von Polizeibeamten — kein positives Befragungsmaterial gegen die angeklagten Arbeiter.

Dagegen wurde festgestellt, daß eine Kette von unerhörten Übergriffen und Provokationen durch Polizeioffiziere gegen die Erwerbslosen vorgekommen war.

Es ist bezeichnend, daß sowohl der Staatsanwalt wie auch das Gericht trotz dieser Feststellungen — auch soweit diese das brutale Vorgehen einzelner Beamter betrafen — in einer Entschuldigungserklärung der Polizei das Vertrauen ausdrückten und damit für alle zukünftigen Brutalitäten einen Freibrief ausstellten. Nichtsdestoweniger mußte das Gericht den Ausführungen des Verteidigers Dr. Gottschiff-Breslau, der das ganze Anklagegebäude juristisch erschütterte, folgen, und die Angeklagten in diesem Punkte — Aufruhr — freisprechen.

Trotzdem, bestraft mußten sie werden — und wenn die Gründe an den Haaren herbeigezogen werden mußten. Aus der Tatsache, daß die angeklagten Genossen dem Oberbürgermeister die Forderungen der Erwerbslosen unterbreiteten, und dabei den Willen, im Falle der Ablehnung der Forderungen auch an den folgenden Tagen zu demonstrieren, den Zug des Elends auch durch die Viertel der besitzenden Klasse zu führen, Ausdruck gegeben hatten, — aus dieser Tatsache konstruierte Staatsanwalt und Gericht den Tatbestand der Mäßigung. Wahrscheinlich eine „glänzende“ Konstruktion — würdig der Nachahmung durch jedes andere Klassengericht dieser Republik. In Görlitz behilft man sich auch ohne das berücksichtigte, neugeplante Antikommunismengesetz. Forderungen, denen durch die Demonstrationen Nachdruck verliehen werden soll, sind strafbar, also — Demonstrationen dieser Art, d. h. alle Demonstrationen sind zu verbieten! Das ist die „freieste demokratische Republik“, wie sie in Wirklichkeit aussieht!

Der Staatsanwalt beantragte gegen die „Verbrecher“: ein Jahr Gefängnis für den Genossen Brodke, und je sieben Monate Gefängnis für jeden der anderen angeklagten Genossen. Das Gericht erlaubte auf das gestern mitgeteilte Urteil. (Sechs Monate Gefängnis für den Genossen Brodke und je zwei Monate Gefängnis für die Genossen Hollar, Kleinert, Köbner und Päßold.)

Wenn die herrschende Klasse glaubt, durch derartige Terrorurteile die Arbeiter davon abzuhalten zu können, für ihre berechtigten Forderungen zu kämpfen, so wird das Schlußwort des Genossen Brodke, der im Namen aller Angeklagten in schärfer und entschlossenster Weise mit dieser verkommenen und verrottenen Gesellschaft, ihren sozialchauvinistischen Helfershelfern und den ausführenden Organen der Klassenjustiz abrechnete, wohl derartige Illusionen gründlich zerstört haben.

Auch die Görlitzer Erwerbslosen, die zu gleicher Zeit in wichtiger

Demonstration für ihre Forderungen auf Wirtschaftsbefehle, gegen die Massenverelendung und gegen die Klassenjustiz ausmarschierten, bekundeten durch ihre Solidaritätsaktion, daß sie gewillt sind, noch entschlossener und entschiedener den Kampf gegen ihre Unterdrücker und das gesamte kapitalistische System zu führen. Daß die Polizei gegen die Demonstranten in der brutalsten Weise vorging, und durch blinde Mütze Gummiknüppelattaden, selbst gegen Schwerkranken, beschädigte, versuchte, die Arbeitslosen auseinanderzuschlagen, führte nicht zu dem beabsichtigten Erfolg. Immer und immer wieder sammelten sich die Massen vor dem Gerichtsgebäude, das bis unter das Dach mit Schupo besetzt war. Es war der Polizei nicht möglich, den Postplatz vor dem Gericht zu räumen.

Nach Abschluß der Verhandlung wurden die verurteilten Genossen mit brausenden „Rot-Front“-Rufen empfangen.

Unter dem Gesang der „Internationale“ setzte sich ein spontan gebildeter Demonstrationszug in Bewegung. Auf dem Nikolaigraben wurde mit einer begeistert aufgenommenen Ansprache des Genossen Brodke, der die Arbeiter angesichts der steigenden Verelendung, der sich verschärfenden Situation, zu noch festerem Zusammenschluß aufrief, die Demonstration aufgelöst.

Auch aus diesem neuen Terrorurteil der Klassenjustiz müssen die Arbeiter erkennen, daß nur der rücksichtslose Kampf die Arbeiter selbst zum Siege des Proletariats führen kann. Führerin in diesem Kampfe ist nur die kommunistische Partei, die allein die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Deshalb: Hinein in die kommunistische Partei! Werdet aktive Mitkämpfer der roten Klassenfront!

## Lauban

Selbstmord. In Abwesenheit seiner Frau hat sich der 57jährige Korbmacher Karl Friedrich erhängt.

## Sagan

Betriebsarbeiterversammlung

Der Deutsche Betriebsbund hielt am Sonntag die erste Generalversammlung nach der Verschmelzung mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiter- sowie dem Gärtnerverband ab. Der Gauleiter Schiebisch hielt einen Vortrag über die Verhandlungen der Organisation vor der Verschmelzung und griff auf die lokalen Organisationen sowie auf das Sozialistengesetz, das Koalitionsrecht usw. zurück. Eine Diskussion wurde abgebrochen mit der Begründung, die Tagesordnung sei zu reichhaltig. Die Wahl des neuen Vorstandes erfolgte per Akklamation. Die Wahl übernahm Kollege Marejewski. Man machte es sich sehr leicht und fragte vor der Abstimmung gar nicht erst, ob jemand dafür oder dagegen ist.

Im nächsten Punkt „Gewerkschaftliches“ richtete der Genosse Seppert an den Versammlungsleiter die Anfrage, ob die Organisation nicht wie im Vorjahre den Javaliden und Erwerbslosen eine Unterstützung gewähren wolle. Ihm wurde darauf geantwortet, daß der Vorstand dazu in seiner nächsten Sitzung Stellung nehmen würde. Genosse Seppert appellierte an die Mitgliedschaft, ihrem Kampfwillen Ausdruck zu geben und einen starken Druck von unten auszuüben. Weiter zeigte er an dem Beispiel der UBE in München-Grubbad, wie weit das Vereinerungsrecht durch das Republikstuhlgesetz gefährdet ist. Wir wissen, wozu dieses Republikstuhlgesetz geschaffen ist. Es ist nur dazu da, ehrliche Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse

der Justiz anzuliefern. Die Ausführungen unseres Genossen verfehlten sichtlich ihren Eindruck auf die Anwesenden nicht.

## Neusalz

Die unausstotbare Dummheit. Hier wurden drei Zigeunerfrauen festgenommen, die in der ganzen Gegend „böse Geister bekehrten“ und dabei Geld an sich zu bringen verstanden. In Neusalz stahlen sie einem alten Mann z. B. bei ihren Manipulationen 30 Mark.

## Bunzlau

### Sittlichkeitsverbrechen an der Stiefenkelin

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Erweiterte Schöffengericht am Dienstag gegen den 64jährigen, bisher unbestraften Invaliden Paul Benzig aus Sittlichkeitsverbrechen wegen Sittlichkeitsverbrechens. Er hatte sich im Jahre 1927 und am 1. September 1929 an seiner Stiefenkelin, einem dreizehnjährigen Schulmädchen, das allerdings sehr frühreif ist, unzüchtig verhalten. Nachbarinnen hatten dies beobachtet und Anzeige erstattet. Das Gericht erkannte wegen Sittlichkeitsverbrechens in zwei Fällen auf acht Monate Gefängnis, gewährte dem alten Mann jedoch Strafaussetzung.

## Hagnau

Ein Kind ertrunken. In Petersdorf ertrank das dreieinhalbjährige Söhnchen des früheren Mühlenwerführers K. A. L. im Mühlgraben.

## Liegnitz

### Klagelaute aus dem Dobeiviertel

Uns wird geschrieben: In Nr. 288 des „Liegnitzer Tagesblattes“ lesen wir folgendes Eingekamte:

„Berkehrshindernde Menschenansammlungen.“ Die Verlegung des städtischen Arbeitsamtes aus dem früheren Hilfsschulgebäude an der Museumsstraße ist im Hinblick auf den Verkehr dringend notwendig. Die Arbeitslosen haben sich daran gewöhnt, ständig vor dem Gebäude auf dem Bürgersteig zu stehen, zu diskutieren und dadurch den Verkehr zu hemmen. Besonders störend wirken diese Menschenansammlungen an den Markttagen, wenn zahlreiche Marktbefucher aus dem Dobeiviertel durch jene Gegend kommen. Der große Hof hinter dem Gebäude bietet wirklich Platz genug zum Aufenthalt, so daß behördlicherseits dafür gesorgt werden müßte, daß die Straße frei bleibt. Bei den Arbeitsämtern Breslau und Görlitz werden derartige Berkehrshinderungen polizeilicherseits nicht gebuldet.

Also — jemand mit dem Anfangsbuchstaben „W.“ ärgert sich über die Arbeitslosen, weil sie angeblich den Verkehr behindern, besonders an Markttagen. Diese Aufregung ist aber völlig unberechtigt, da die Straße am Arbeitsamt fast die Breite des kleinen Ringes hat, eine Berkehrshinderung dort gar nicht in Betracht kommt. Außerdem gibt es ja dort noch den gegenüberliegenden Bürgersteig. Wir Arbeitslosen können mit unserem schlechten Schuhwerk nicht auf den feuchten Sandboden im Hofe stehen. Außerdem sind wir meistens gezwungen, uns auf der Straße anzuhalten, da die Schlangen der zum Stempeln angestellten Erwerbslosen bedächtig lang sind, daß der Platz im Hofe nicht ausreicht. Vermutlich ist es ihnen auch gar nicht um die angebliche Berkehrshinderung zu tun, sondern es ist ihnen peinlich, wenn wir Erwerbslosen ihren anscheinend gut gefüllten Korb zu sehen bekommen. Interessant ist, daß gleich am Montag ein Polizeibeamter für freien Durchgang für die vom Dobeiviertel sorgte. Zum Vorgehen gegen uns Proleten ist ja die Polizei immer bereit.

### Donnerstag erste Sitzung des Stadtparlamentes

Morgen Donnerstag findet um 20 Uhr die erste Sitzung des neugewählten Stadtverordnetenversammlung statt. Sie wird sich gleich am Anfang mit der Rot der Erwerbslosen befassen müssen.



Schwednitz

Kurz-, Weiß- u. d. Wollwaren Handarbeiten, Manufaktur Modewaren und Herren-Artikel

Georg Frauboes Ring 24 und Breslauer Str. 2

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien ständig vorrätig bei

E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme Telephone 882 Bögenstrasse 6 Telephone 882

Kauft Schuhe bei GROSS Ring 10

Breslauer Konfektionshaus Ring 11884

F. Sewald empfiehlt sämtl. Molkereiprodukte Molkerei Wilhelmpl. 7, Ring 8

Autohaus Max Seller Automobile, Motor-u. Fahrräder Langstraße 46 Gartenstraße 16

Dr. M. Wille, Apoth. spez. Apoth. Lieferant sämtlicher Krankenstätten Langstraße Nr. 8

Karl Brauner, Langstraße 45 Nähmasch., Fahrräder, Reparaturwerkst. 11448

Maz Dertel, Böttcherstraße 7 Brot, Weiß- und Feinbäckerei 11450

E. Gallewitz Nachf. Spezialhaus für Gefenkerarbeiten, Glas, Porzellan, Spiel- und Reberwaren Ring Nr. 37

N. Fleisch- und Wurstwaren Alfred Tief, Edle Lang- und Weisse Straße 11451

B. Brangle's Nachf. Kolonialw., Vogelfutter, Langstr. 11 Spaz. Zigaretten, Zigaretten, Köpferstr. 14

Conrad Bischoff, Obere Volkowstraße 5 Bäckerlei und Konditorei 11390

Hirschberg

Wais Ringe Dam., Mädchen-, Kinder-Güte u. Mädchen Schilbauer Straße 16a

Lebensmittel aller Art Erich Gessner Stauptzer Str. 14

Franz Gottwald Dankle Burgstr. 10 Vornehme Herren- u. Knaben-Bekleidung

Spezialwerk Frühlingsstraße, Markt 50 Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren 11180

Schuhmacherei A. Heyduk Sand 14

Paul Scharf Außere Burgstraße 20 reinerer Arbeit

Die Hirschberger Nähmaschinen Spez. & Knobel, Schützenstraße 8 Radio-Eventalhaus

Blumenhaus Grun Poststraße 6

K. Wolfsdorf Pförtengasse 1 Schuhwaren-Gager Reparaturen

Graf Hortic, Großbäckerei Drahitzierstraße 1/2

Sämliche Lebensmittel H. HENKEL Sand 19

Tapetenhaus Marie Müller nur Sobersberg 10-11

Albert Ludwig, Markt 60 Weiß-, Wollwaren, Strümpfe Tabakwaren, Tabakpfeifen

Herren- und Damen-Salon Heinze Lichte Burgstraße 17

Möbel-LINKE Schmiedeburg, Str. 22

Willy Hartwig Greiffenberger Straße Nr. 42 Wollerei mit elektrischem Betrieb Schöndiges großes Lager Reparaturwerkstatt

Martin Bandmann Verlosungsgegenstände Spielwaren / Geschenkart. Bekannt billige Preise Bahnhofstr. 29

Herren- und Knaben-Bekleidung E. Ordians Hellerstraße 17

Buchdruckerei E. Hausdorff Langstraße 2

MIFA Fahrräder Nähmaschinen Sprechapparate

Arbeiter-Bekleidung Wanderausstattung Volksbekleidung

Erich Selbit, Bahnhofsstraße 65 Inh. D. Jaedel, Uhrmacher

Dunkle Burgstr. 2

Städtische K. Feldmann, Schulstraße 6

Max Schreidt, Schilbauer Straße 13 Das bekannt gute Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Herren- und Junglingskonfektion Beckenhausgasse 20

Alfred Rille, Agnetendorfer Straße 29

Karl Sonntag Warmbränner Str. 16 Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren

Grünerer Milchhaken Promenade 14a / An den Brücken 18

G. Ritter, Warmbrunner Straße 12 Damen-, Herren- u. Kinderbekleidung

Referiert Nr. 8

E. Scharf, Warmbrunner Platz Schuhwarenlager - Reparaturwerkst.

Nieder-Hermisdorf / Kolonialwaren Gottesberger Str. 32 :: Bahnhofstr. 2

Vogel- und Fatter-Handlung Böhme Tuchlade 5, Eingang Kaufhof

Gertrud Wille / Damenhüte Greiffenberger Straße 18

Schmiedeburg I.R. Erff der Arbeiter

Strümpfe Königsberger Wasche

Carl Hiegers Nachf., Am Burgturm Inhaber Friedrich Heinert Kolonialwaren - Spirituosen

Germaung / Kolonialwaren Gottesberger Str. 32 :: Bahnhofstr. 2

Kaufhaus Pinoff

Johann Wilschke, Warmbrunner Straße 20 Haus- und Tischgeräthe Glas - Porzellan

Paul Besz, Oberstraße 5 Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren

Bade Dich gesund im Hedwigsbad Am Anstr. 4

Ernst Wolf, Mühlgrabenstraße 23 Prima Rohfleisch- und Wurstwaren

Strehlen Max Janit gut im Geschäft kleine Rückstraße 1

Gustav Pischel Schmiedeburg, Markt 7

Nieder-Salzbrunn Central-Drogerie Drogerie / Farben / Photo

Hermsdorf u. K. Alfred Rille, Agnetendorfer Straße 29

Simon Sachs Leder

Frans Kröckel / Wollwaren Markt 10

A. Ritter, Warmbrunner Straße 12 Damen-, Herren- u. Kinderbekleidung

Hausfrauen! Eser Kolonialwaren-Konsum ist Carl Brücke, Ring 41

Central-Drogerie Drogerie / Farben / Photo

Nieder-Hermisdorf / Kolonialwaren Gottesberger Str. 32 :: Bahnhofstr. 2

Hausfrauen! Wm. Schotwig, Wasserstraße 6 und Lindenstraße

Central-Drogerie Drogerie / Farben / Photo

Schmiedeburg I.R. Erff der Arbeiter

Hausfrauen! Wm. Schotwig, Wasserstraße 6 und Lindenstraße

Landeshut

Abolf Rabe, Balbener Straße 4 Bäckerlei / Konditorei / Café

Paul Reih, Markt 9/10 Konditorei, Näbmaschinen, Sprechanlagen, Reparaturwerkst. 11226

O. Molenkorn, Wilhelmstraße Nr. 4 Filiale: Schmedberger Straße 14 Spirituosen / Weine / Bier / Gläsern

Eugen Reyer, Kornstraße 6 Zigaretten / Zigarren

Gustav Haase, Wilhelmstraße 13 Damen- und Herren-Bekleidung

Erhard Alfred Krehl, Kornstraße 9 Kolonialwaren

Kaufhaus Gustav Stief Nachf. Inh. Wilhelm Fritsch, Kornstraße 12 Bekleidungshaus

U. Nögl, Liebauer Straße 2 Kolonial-, Tabakwaren

Griegel Waresch, Marktstraße 13 Damen- und Herren-Konfektion, Schuhe, Hüte, Mägen und Schallwaren

Emil Güter, Schleichstraße 5 Kolonialwaren

W. H. Wühl, H. Fleisch- und Wurstwaren Spezialgeschäft / Am Markt 21

H. Hoffmann, Marktstraße 13 Kolonialw., Butter, Eier, Obst und Gemüse

Paul Thilmer, Markt 19 Kolonialw., Dekoration, H. Bier u. Weine

Carl Thulmann, Marktstraße 55/59 Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

G. W. H. Nachf. Weisse / Hüte / Mägen

Hermann Schuberth Nachf., Inh. Carl Wolff Kolonialwaren, Haus- u. Tischgeräthe Spirituosen

Referiert

K. W. H. Nachf. Weisse / Hüte / Mägen

Jauer

Uhren, Goldwaren Bruno Hoffmann Liegnitzer Str. 17

W. H. Langer, Königsstraße 15

Ihre Bezugsquelle soll ständig sein

Abolf Hiebig, Ring 29 Uhren / Optik / Goldwaren

Kaufhaus Louis Frankenstein

Musikinstrumente, alle Reparaturen

Henry Tschentscher, Königsstr. 4 Fabrik H. Fleisch- und Wurstwaren

Rudolf Steiner, Ring 40

Wilhelm Weinhold la Fleisch- und Wurstwaren Goldberger Strasse 10

Referiert 100

Referiert 99

Fleisch- und Wurstwaren Hermann Palm, Neumarkt 25

Verlangt stets Speis- und Kasse-Bier

E. Neugebauer G. m. b. H. Stahlwaren, Haus- und Tischgeräthe Betten

Erich Reil, Marktstraße 1

Referiert 100

Petersdorf

H. Leiching, Dorfstraße 11888 Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel

Herm. Richter, Dorfstraße 11894 Kolonialwaren / Weine

Apothek., Dorfstraße 89 / Domborplatzische und biochemische Reagenzien, Toiletartikel, Krankheitsmittel, Gärntuntersuchungen

Otto Heidenreich, Dorfstraße 11195 Konditorei / Bäckerlei / Café

„Gerichtskreisam“ / Dorfstraße 11190 Angenehmer Familienaufenthalt

Kurt Goch, Dorfstraße 86 11196 Motor-Fahrräder, Reparaturwerkst., Sprechanlagen, Rep. Werkst.

H. Kappner, Dorfstraße 252 Herren- und Damen-Frisiersalon

Georg Schaefer, Dorfstraße 70 11197 Arbeitsbekleidung, Dorfstraße 70

Fritz Bernick / Justizaktion 11192 Klempner-, Haus- und Tischgeräthe Dorfstraße

Günther Glitz, Dorfstraße 2 11198 Kolonialwaren / Dekoration Haus- und Tischgeräthe

G. Bernhard, Dorfstraße 205 11193 Uhren / Optik / Sprechanlagen Reparaturwerkstatt

Gustav Pflieger, Kolonialwaren o. Zigarren 11199 vorm. Rath Weine vom Fab Ring

Rothenbach

„Rug zum großen Kranz“ Ausflugslot / großer u. kleiner Saal Garten / Arbeitervertragslot

Herbert Lonsch, Agnetendorfer Straße 44 11076 Brot-, Weiß-, und Feinbäcker

H. Koehler, Inh. Paul Krensch 11074 Feinloft, Lebensmittel, Haus- u. Tischgeräthe, Eisenwaren, Leder, Nr. 24

Gustav Schlotte, Hauptstraße 80 11081 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Schuhwarenhaus Julius Assmann Hauptstraße 30

Felix Krehl, Dorfstraße Nr. 76 11082 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Albert Rüdert, Landesstr. 32 11077 Brot-, Weiß- und Feinbäcker

Schwarzwalddau

Geinrich Selbig, Dorfstraße 103 11078 H. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Simon, Nr. 115 11085 Fleischerlei und Gastwirtschaft

Silbermann Köhlig, L. Gottlieb Herrenbekleidungshaus 11079 Rothenbach: Bahnhofstraße 80 Hauptgeschäft Gottesberg

Witteb Rauter, Ortstraße 80 11086 Fahrradhandlung / Reparaturen Sprechanlagen / Schallplatten

Referiert

Steinkretschmann, empfielt seine Lokaltäten! 11097

Paul Wolf 11098 Billigste Bezugsquelle f. Bedarfartikeln

Abolf Drescher, Nr. 113 11099 Bezugsquelle für alle Bedarfartikeln